

# revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe  
nummer **37**

Dezember/Januar 2007/2008

- Das Sozial-Patriotische Bündnis Celle und die NPD
- Winsener Grüne arbeiten mit Rechtsextremen zusammen
- SVO behindert Stromwechsel durch Kombirabatt
- Frank Pillibeit aus der CDU geworfen
- Interview zur Ostumgehung



# INHALT

Das Sozial-Patriotische Bündnis Celle und die NPD Wilhelm Köhler unter Druck . . .Seite	03
Winsener Grüne arbeiten mit Rechtsextremen zusammen . . . .Seite	10
SVO behindert Stromwechsel durch Kombirabatt . . . . .Seite	11
Interview zur Ostumgehung "Wie wollen wir das zukünftigen Generationen erklären?" . . . .Seite	12
Neue soziale Bewegungen in Celle (4) Hochsicherheitstrakt und Solidarität mit politischen Gefangenen (2)" . . . . .Seite	14
Lokales -Meldungen . . . . .Seite	18
Bitte sagen Sie jetzt nichts! . . . . .Seite	23
Drei Euro von der Oma ... ... dann klappt's auch mit der Bildung? . . . . .Seite	24
Aktionen gegen NPD-Stände in Soltau-Fallingbostel . . . .Seite	26
Frank Pillibeit aus der CDU geworfen Go away . . . . .Seite	27
Berliner Compagnie - Das Blaue Wunder . . . . .Seite	28
"Jud Süß" - Geschichte(n) einer Figur . . .Seite	22
Literatur Karl-Heinz Dellwo beim Celler Rosa Luxemburg Club "Das Projektil sind wir" . . .Seite	29
Literatur Die Beschissenheit der Dinge . . . . .Seite	30
Termine im Kino achteinhalb . .Seite	31
Termine . . . . .Seite	32

Hallo liebe Leute,

zum Jahresabschluss gibt es die neue revista - viel Spaß beim Lesen.

Obwohl das gar nicht geplant war, ist die Ausgabe wiederum auf 32 Seiten angewachsen. Am etwas zusammengewürfelten Layout könnt ihr erkennen, dass die Ausgabe diesmal mehr chaotisch entstanden als durchgeplant ist.

Leider müssen wir feststellen, dass ehemalige Essentiells der radikalen Linke langsam wegbröseln und sich das leider auch in Celle bemerkbar macht. Deshalb gibt es einen Artikel zum Umgang mit der Polizei im Repressionsfall und zum anderen trennen wir uns von unserem Gelegenheitsautor Julius Krizsan. Offensichtlich ist er nicht in der Lage, die Intention unserer Zeitung zu erkennen oder hat sich von dieser verabschiedet (siehe Seite 10).

Unseren Leser und Leserinnen wünschen wir schöne Tage, einen guten Rutsch und ein kraftvolles Jahr 2008.

Eure revista-Reaktion

## Liebling der Ausgabe:

1. (-) Julius Krizsan,  
mit Herz für den Nazi von nebenan.
2. (-) Wolfgang Marquardt,  
gegen Suff und Völlerei.
3. (-) Astrid Peters,  
3-Euro Großmut.
4. (-) Matthias Krüger,  
Mister 4 Euro 86.
5. (-) Lothar Kaminski,  
o.w.T.

### **Impressum:**

Revista, Nr.37  
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).  
Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle  
email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner  
Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001  
K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"  
Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

# Wilhelm Köhler unter Druck

## Winsen hat scheinbar kein Problem mit Nazis

Es ist schon länger her als Winsen wegen brauner Umtriebe in den Medien war, sei es durch die damals dort ansässige Wehrsportgruppe Jürgens oder durch die im Landesdurchschnitt sehr guten Resultate bei Wahlen für die Republikaner. Wo die Öffentlichkeit nicht mehr über mit rechten Pamphleten zuplakatierte Straßenzüge berichtet, scheint es leicht, sich an die im Rat sitzenden Personen aus dem rechten Spektrum zu gewöhnen. Bereits 1991 ist Wilhelm Köhler in den Winsener Gemeinderat, damals noch für die Republikaner, gewählt worden. Dem Gemeinderat gehört er bis heute ununterbrochen an. Dort gibt er sich seriös und benutzt als Eigenbezeichnung den Begriff "Patriot", um sich vermeintlich nach rechts abzugrenzen. Offensichtlich scheint diese Masche auch aufzugehen.

Bei der letzten Kommunalwahl wurde Wilhelm Köhler erneut in das Gemeindeparlament gewählt, wieder mal mit einem sehr guten Ergebnis. Diesmal kandidierte er unter dem Label Sozial-Patriotisches Bündnis, welches in Winsen 5 % und im Ortsteil Meißendorf sogar 12,2 % der Stimmen bekam.

Was eigentlich für helle Aufregung sorgen müsste, ist in Winsen scheinbar normal. Der CDU-Bürgermeister Wilfried Hemme kommentierte den erneuten rechten Wahlerfolg mit den Worten: "Wir hatten auch schon die Republikaner mit dabei. Die Arbeit war immer sachlich." und "Ich sehe in erster Linie die Menschen an und nicht ihre Partei." Nach demselben Motto scheinen nun auch die beiden Grünen Abgeordneten im Winsener Gemeinderat Julius Krizsan und Gertrud Truffel zu verfahren. Die beiden haben offensichtlich auch ihre Scheu zum Rechtsextremismus verloren und formulierten gemeinsam mit dem Sozial-Patriotischen Bündnis einen Antrag für den Winsener Gemeinderat. Neben den beiden Grünen unterzeichneten sowohl

Köhler als auch Anneliese Binar vom SPB den Antrag. Für Julius Krizsan offensichtlich kein Problem, denn er wird von der Celleschen Zeitung mit den Worten zitiert: "Nee, das stört uns nicht: Es geht um die Sache."

## 16 Jahre lang Republikaner

16 Jahre lang war Wilhelm Köhler Mitglied der Republikaner. Dort übernahm er vielfältige Funktionen bis hinauf zur Landesebene. Neben seinen Mandaten im Ortrat Meißendorf, im Gemeinderat Winsen und im Celler Kreistag war er mehrfach Direktkandidat bei Bundes- bzw. Landtagswahlen, zeitweilig war er Kreis- und Bezirksvorsitzender und zuletzt stellvertretender Landesvorsitzender der Republikaner. In der Zeit seiner Mitgliedschaft war er maßgeblich an den Geschicken des Celler Kreisverbandes beteiligt. In seiner aktiven Zeit wurde in Flugblättern und Zeitungsanzeigen der Republikaner das typische Repertoire des Rechtsextremismus bemüht: "Arbeitsplätze gehen, Zuwanderer kommen", "Deutschland muss das Land der Deutschen bleiben", "Schluß mit der Geldverschwendung an andere Länder und den ewigen Wiedergutmachungen", "gegen den Verlust der deutschen Identität" u.s.w..

Laut REP-Flugblatt lässt diese Gesellschaft ihre "Sprache", "Jugend", "Kultur", "Sitten", "Land" und "Volk"



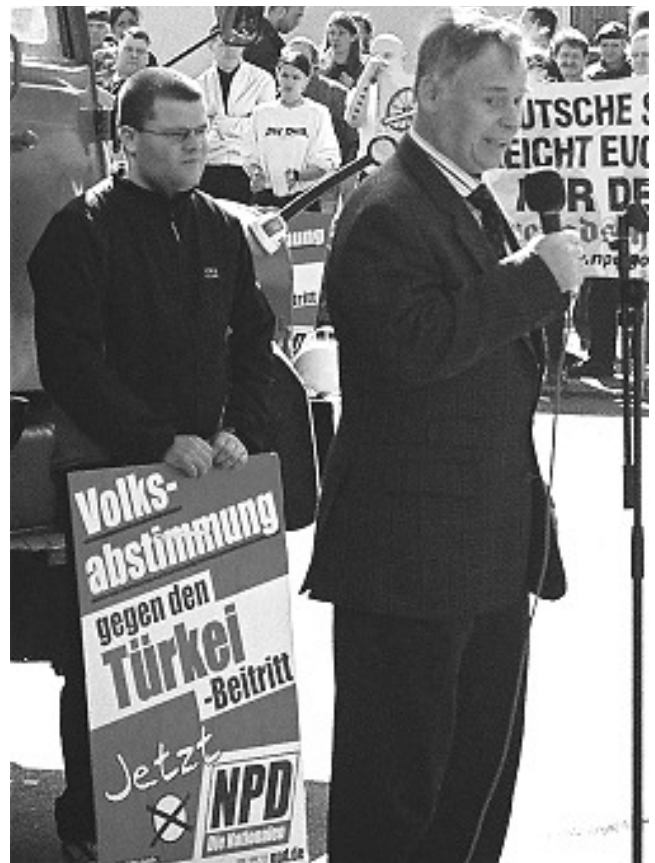
Wilhelm Köhler (Bildmitte) im trauten Gespräch mit dem Neonazi Christian Worch auf einer Kundgebung in Salzgitter am 06.10.2007 links der Anmelder Hans-Gerd Wiechmann

verkommen. Leicht verschwörerisch wird es bei der Position "Nein zur Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Massenmedien" und wer in dem Sprachgebrauch "multikultureller Schmelztiegel New York" in dem REP-Flugblatt "Nein zur Zeitbombe Multikultur" faschistoide Tendenzen sieht, liegt sicherlich nicht ganz falsch.

Am 12.03.2005 ist Köhler aus der Partei die Republikaner ausgetreten. Aber nicht aufgrund inhaltlicher Differenzen, denn am 28. Juli dieses Jahres bekannte er im Internet, in dem wieder eröffneten Patriotischen Forum unter seinen Usernamen "Kongo": "Das noch gültige REP-Bundesparteiprogramm halte ich heute noch für das - mit Abstand - beste Programm im "rechten Lager"!" Sein Austritt ist vielmehr mit taktischen Differenzen zwischen dem niedersächsischen Landesverbandes und dem Bundesverband der Republikaner zu begründen. Während der Landesverband sich nach rechts öffnen und mit Vertretern anderer rechten Parteien wie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Deutschen Volksunion (DVU) Wahlabsprachen treffen wollte, stieß diese Linie auf Bundesebene auf wenig Verständnis und so wurden gegen niedersächsische REP-Funktionäre Ordnungsmaßnahmen angekündigt. Im Zuge dieser Auseinandersetzung traten in Niedersachsen ca. achtzig Parteimitglieder aus. Darunter auch der damalige Landesvorsitzende Hans-Gerd Wiechmann und dessen Stellvertreter Wilhelm Köhler. In Celle verließen ca. dreißig Mitglieder ihre Partei.

## Wählerbündnisse

Nach ihrem Austritt brauchten Köhler und Wiechmann eine neue politische Heimat und so wurden nach dem Vorbild des Nationalen Bündnisses Dresden (NHB) neue Gruppierungen gegründet. In Celle formierte sich das Sozial-Patriotische Bündnis Celle (SPB) unter Vorsitz von Wilhelm Köhler und in Lüneburg das Sozialpatriotische Bündnis Lüneburg mit Hans-Gerd Wiechmann als Hauptakteur. Gegenüber der Celleschen Zeitung hoffte Wiechmann auf die Gründung von "acht bis zwölf" solcher Bündnisse in Niedersachsen die "eigenständig aber eng vernetzt" arbeiten sollten und der Zweck wurde von ihm klar umrissen: "wir wollen die Patrioten in die Parlamente bringen". Neben den beiden oben genannten Bündnissen gab es aber nur noch einen dritten ernsthaften Versuch in Niedersachsen, eine solche lokale Gruppierung zu etablieren. In Hannover gründeten ehemalige niedersächsische Republikaner zusammen mit Rechtsextremisten das Nationale Bündnis Region Hannover (NBRH). Auf dessen erster Saalveranstaltung am 21. Mai 2005 sprach das ehemalige Bundesvorstandsmitglied der REP's und stellvertretender Vorsitzender des NBRH Peter Lauer vor knapp hundert Leuten, die sich laut Eigenangaben aus "volkstreuen Deutschen" darunter "viele ehemalige Funktionsträger und Mitglieder der REP, freie Nationalisten, Vertreter der DVU, Aktivisten der NPD und der JN" und "Mitglieder des Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)" zusammensetzen. Aufgrund interner Streitigkeiten versank die Gruppierung in der Bedeutungslosigkeit und zu einen



**Peter Lauer als Redner auf einer NPD Demonstration am 02. April 2005 in Verden**

Wahlantritt bei der Kommunalwahl 2006 kam es nicht.

Auch in Lüneburg stand das neu gegründete Bündnis unter keinem guten Stern. Dort gibt es seit siebenzehn Jahren bereits eine NPD-dominierte Wählervereinigung die Unabhängige Wählerliste Lüneburg/Bündnis Rechts (UWL) und so ist es nicht verwunderlich, dass auch hier kein Wahlantritt erfolgte. Wiechmann ist zwar wieder Mitglied der NPD und durfte auf der Liste der UWL kandidieren, trotzdem gibt es in Lüneburg offensichtlich Vorbehalte gegenüber seiner Person, weil er immer wieder mit dem Verfassungsschutz in Verbindung gebracht wird. Auch seine vielen Auftritte als Redner auf neonazistischen Aufmärschen, u.a. sprach er auf der Neonazidemonstration am 9. Dezember 2006 in Celle, halfen ihm wenig, die Skepsis innerhalb der Partei blieb. Mittlerweile hat er seine Zusammenarbeit mit der UWL eingestellt. Lediglich die Landesvorsitzende der NPD Hamburg Anja Zysk und einige Bremer NPDler standen noch zu ihm. Am 20.10.2006 verkündete Zysk (die 2006 an der Nazidemo in Celle teilnahm) eine "Patenschaft der NPD und SPB" als einen "weiteren Schritt zur Etablierung einer echten Volksfront im deutschen Norden". Wiechmann ließ einen Tag zuvor bereits verlauten, dass auch das SPB Celle "sein Interesse an einer Zusammenarbeit" angemeldet hat und dass nun eine "Achse Hamburg-Bremen-Celle-Lüneburg" geplant sei, um eine "geschlossene Einheitsfront" zu bilden. Bemerkenswert ist seine Behauptung in dem selben Schreiben, dass das Celler Sozial-Patriotische Bündnis Celle vom NPD-Landesverband während des Kommunalwahlkampf unterstützt wurde.

## Das Sozial-Patriotische Bündnis Celle

Das Sozial-Patriotische Bündnis Celle war das einzige Bündnis, das zur Kommunalwahl angetreten ist. Gegründet hat es sich offiziell am 17. Juli 2005 und ist seitdem offen für Mitglieder rechtsextremer Parteien. Zwar wird nach außen damit geworben, dass man auch Leute aufnehme, die der "CDU nahe stehen", aber die Praxis sieht anders aus und wenn Mitglieder von NPD oder DVU dazu stossen würden, so ist das nach Aussage des Sprechers des SPB Wolfgang Pinning "in Ordnung". Laut Köhler waren an der Gründung des Sozial-Patriotisches Bündnis LK Celle e.V. insgesamt "16 Patrioten" beteiligt. Diese bestanden im Grunde aus der personellen Konkursmasse der sich zersplitterenden Republikaner und einigen bis dahin unbekanntenen Personen. Trotzdem ist dem SPB gelungen, mit 23 Kandidaten zur Kommunalwahl anzutreten und einen Sitz im Ortsrat Meißendorf, zwei Sitze im Gemeinderat Winsen und einen Sitz im Kreistag zu erlangen. In allen drei Parlamenten ist Wilhelm Köhler eingezogen, nur im Winsener Gemeinderat sitzt ihm nun mit Anneliese Binar jemand zur Seite.

Wie gering die Ablehnung des organisierten Neofaschismus ist, wird allein an der Kandidatur des Escheder Landwirts Joachim Nahtz auf der Liste des SPB Celle deutlich. Nahtz kandidierte bereits zur Bundestagswahl 2005 im Wahlkreis Celle-Uelzen für die NPD und ist aktuell deren Direktkandidat zur Landtagswahl im Januar nächsten Jahres für den Wahlkreis Uelzen. Sein Grundstück stellt er immer wieder Neonazis für ihre Treffen zur Verfügung, wobei selbst die Durchführung von paramilitärischen Übungen kein Hinderungsgrund darstellt. Vom 09.-11. Oktober 1992 veranstaltete dort die Neonazitruppe Nationale Liste um Christan Worch aus Hamburg eine Wehrsportübung mit ca. vierzig Personen. Deshalb erfolgte eine Durchsichtung des Anwesens und eine Anfrage im Bundestag ergab, dass dabei eine "Reichskriegsflagge, SS-Liedgut, sowie zwei Kleinkalibergewehre, ein zulassungspflichtiges Luftgewehr" und nicht zuletzt "eine Pistole und Munition" gefunden wur-



**Joachim Nahtz (links) Kommunalwahlkandidat des SPB Celle zusammen mit Dennis Bührig den aktuellen Direktkandidat der NPD zur Landtagswahl auf der Nazidemonstration in Celle am 09.12.2006**

den. Mittlerweile ist die Nationale Liste verboten worden, genauso wie die Wiking-Jugend, deren Treffen in Hetendorf jahrelang den Landkreis in die Schlagzeilen brachte. Als Nachfolgeorganisation gilt unter Experten die Heimatreue Deutsche Jugend (HDJ) und natürlich fand auch diese Organisation Unterschlupf bei dem SPB-Kandidaten Nahtz. Zu Pfingsten dieses Jahres veranstaltete die HDJ dort ihr Pfingsttreffen mit ca. 200 Teilnehmern.

Auch die NPD und deren Jugendorganisation die Jungen Nationaldemokraten (JN) nutzen das Grundstück von Nahtz für landesweite Treffen. Ebenso den Freien Kameradschaften, darunter auch der Celler Kameradschaft 73, wurde das Grundstück für Veranstaltungen überlassen.

<b>NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Hauptseite</li> <li>Vorstellung</li> <li>Informationen</li> <li>Fraktion</li> <li>Presse</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>Einigkeit macht stark! Gemeinsam Denken – Handeln – Siegen!</b></p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">  <p><b>Wir gedenken der Opfer des alliierten Bombenterrors vom Februar 1945</b> Trauermarsch am Sonnabend, den 16. 2. 2008 in Dresden</p> </div> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center;"> <p>NPD-Kreisverband Dresden</p> </div>
<b>Sozial-Patriotisches BÜNDNIS Landkreis Celle</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Hauptseite</li> <li>Wir über uns</li> <li>Wahlen 2006</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>Mit Herz und Verstand für unser Celler-Land!</b></p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p style="text-align: center;"><b>Liebe Wählerinnen und Wähler - Sie haben es in der Hand!</b></p> </div>
Internetseite des SPB Celle und des NB Dresden, fast identisches Layout	

Für die Kommunalwahl 2006 stellte das SPB eigens eine Seite ins Internet. Offensichtlich war man in Celle damit aber überfordert und holte sich hierfür Hilfe von außen. So wurde anfangs im Impressum als Seitenbetreuer- und Gestalter Jörg Schubert vom Nationalen Bündnis Dresden angegeben. Und in der Tat ist das Layout nahezu identisch. Das Nationale Bündnis Dresden ist eine NPD dominierte Wählervereinigung, die sich zur Kommunalwahl 2004 unter dem Vorsitz des jetzigen stellvertretende Bundesvorsitzenden der NPD Holger Apfel gründete. Am 8. November 2005 fand eine Jahresmitgliederversammlung des Nationalen Bündnisses Dresden statt. In einen Bericht über die Versammlung im NPD-nahen Nationalen Forum Sachsen heißt es dazu: "Der NB-Vorsitzende Holger Apfel (MdL) konnte dazu auch Vertreter von patriotischen Zusammenschlüssen aus Niedersachsen begrüßen: Hans-Gerd Wiechmann, Vorsitzender des Sozialpatriotischen Bündnisses Lüneburg/Neuer Morgen, und Kreisrat Wilhelm Köhler, Vorsitzender des Sozialpatriotischen Bündnisses Celle." Zu den weiteren Veranstaltungsteilnehmern gehört neben dem Chefredakteur des bundesweit bedeutendsten Ideologieorgans Nation und Europa Karl Richter, dem seinerzeitigen Bundesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten Stefan Rochow, dem Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen Holger Szymanski auch der jetzige NPD-Landtagsabgeordnete Rene Despong. Vor kurzem gab das NBD bekannt, zur nächsten Stadtratswahl 2009 nicht mehr selber zu kandidieren, sondern die NPD unterstützen zu wollen.

## Köhler keine Berührungsängste nach rechts

Im Januar 2006 meldet sich Köhler in einer Gastkolumne der Deutschen Stimme, dem Parteiorgan der NPD zu Wort. Die Deutsche Stimme gehört aktuell zu einem der schlimmsten rechtsradikalen Pamphleten, die derzeit bundesweit vertrieben werden. In Artikeln wird für eine deutsche Volksgemeinschaft geworben, revisionistische und revanchistische Positionen vertreten und auf unterstem Niveau ausländerfeindliche und antisemitische Klischees bedient. In ihr werden z. B. Bücher wie "Volk, Nation, Rasse", in dem unverhohlen die Rassentrennung propagiert wird, positiv besprochen.

Köhler durfte sich in seiner Gastkolumne als "bekennender nationalfreihheitlicher Patriot", der seit 1991 als kommunaler Mandatsträger im Kreistag, Gemeinde- und Ortsrat sitzt darstellen. Die politischen Parteien werden von ihm als Kartell bezeichnet und er moniert sich darüber, mit welcher "Arroganz und Dreistigkeit diese "Gutmenschen" (...) rechte Mandatsträger ignorieren und diffamieren!".

Das Thema schien anzukommen. Und so verwundert es nicht, dass Wilhelm Köhler im Januar 2006 zu einer Schulung zum Thema Kommunalpolitik des NPD-Unterbezirk Stade/Elbe-Weser als Referent geladen wurde. An dem Treffen in Wangersen im Landkreis Stade nahmen ca. zwanzig Neonazis teil, darunter die späteren NPD-Kommunalpolitiker Daniel Fürstenberg (Gemeinderat Dörverden) und Mark Reuter (Kreistag Rotenburg/Wümme).

Über das Patriotische Forum ist für Mai dieses Jahres ein Treffen geplant worden, zu dem ebenfalls Wilhlem Köhler als Referent angekündigt worden ist, sein Thema auch diesmal "Kommunalpolitik". Neben seinem Beitrag wurden so vielsagenden Referate angekündigt wie "Die Familie als Wurzel der Nation. Besinnung auf alte Werte" und "Schluss mit dem Schuldskult. Erfolgreich rechts durch selbstbewußten Umgang mit unserer Vergangenheit". Als weiterer Referent wurde Manfred Rouhs genannt. Rouhs ist aktuell für die Gruppierung Pro Köln im Kölner Stadtrat und ist einer der langjährig bundesweit bekannten Größen des deutschen Rechtsextremismus. Seine rechte Laufbahn beinhaltet Stationen bei der NPD, der JN, den REPs, der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL), dem Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) und etlichen anderen. Darüber hinaus ist er hinlänglich bekannt durch seine jahrelange Tätigkeit als Verleger der Zeitung Europa vorn, die mittlerweile in Nation24.de umbenannt wurde.

Als die rechtsgerichtete Gruppierung Pro Köln zu einer Demonstration am 16. Juni 2007 gegen den Bau einer Moschee aufrief, entschuldigte Köhler sein Fernbleiben: "Ich wünsche PRO KÖLN, den Flämischen Patrioten und allen Anwesenden viel Erfolg! Kann leider selbst nicht anwesend sein, da ich Dienst habe".

MONATSZEITUNG FÜR POLITIK UND KULTUR

# Deutsche Stimme

**Sonstiges**  
[Kleinanzeigen](#)  
[Anzeigen / Preise](#)  
[Impressum](#)

**Verweise**  
 >> <http://www.npd.de/>  
 >> <http://www.jn-buvo.de/>

**Gastkolumne von Wilhelm Köhler**

**Politik vor Ort**  
 Als kommunaler Mandatsträger, der als bekennender nationalfreihheitlicher Patriot seit 1991 im Kreistag, Gemeinde- und Ortsrat sitzt, könnte ich über den Verhaltenskodex des etablierten Parteienkartells von CDU, SPD, FDP und Grüne ein ergebnisreiches Buch schreiben. Grundsätzlich gilt, alle Gruppierungen, die sich rechts von der CDU/CSU kommunalpolitisch betätigen, werden erst einmal als »neonazistisch« stigmatisiert und wie Aussätzige behandelt. Mehr dazu ▶

**Wilhelm Köhler - Gastkolumne in der Deutschen Stimme 1/2006**

## Sammlungsversuch in Niedersachsen

Im Laufe des Jahres gab es bei den niedersächsischen Republikanern einen weiteren personellen Aderlass. Wieder verliessen einige Funktionäre die Partei und sammelten sich in unterschiedlichen Grüppchen wieder. So wurde die Gruppierung pro Hannover und die Freiheitlichen Patrioten Hannover gegründet. Im Grunde beides nur Kleinsgrüppchen ohne nennenswerten Anhang.

Trotzdem sah nur Wiechmann die Zeit gekommen einen Sammlungsversuch zu starten. Innerhalb der NPD ist er zwischenzeitlich gänzlich abgemeldet, zumal seine Hamburger Bezugsperson Zysk von konkurrierenden Parteikollegen aus dem Amt gedrängt wurde. Und so traf man sich am 21. Juni 2007 in Bardowick bei Lüneburg. Neben Wiechmann trat Peter Lauer und der Vorsitzende von Pro Hannover Christian Perbandt als Redner auf. Auch Wilhelm Köhler kam zu Wort und in einem Bericht im Patriotischen Forum wird sein Beitrag zusammengefasst, demnach plädierte er dafür "gemeinsam auf die Kommunalwahlen 2011 hinarbeiten und gegebenenfalls zur Landtagswahl 2013 unter einer Dachorganisation anzutreten". Neben den bereits genannten Personen nahm auch Matthias Behrens von der offen nazistischen Kameradschaft Sneverns aus Schneverdingen an der Zusammenkunft teil.

Bei diesem Treffen ist die Planung von "Verteilaktionen, Infostände und Kundgebungen" ins Auge gefasst worden und Köhler freute sich, dass "34 Patriotinnen und Patrioten" anwesend waren. Dass darunter offen auftretende Nazis waren, scheint ihn nicht zu stören, führte er anderer Stelle doch bereits aus: "Durch meine politische Arbeit habe ich auch Kameraden der Kameradschaften kennen gelernt, die durchaus vorzeigbar und intelligent sind." Aus dieser Konstellation heraus meldete Hans-Gerd Wiechmann eine Kundgebung für den 06. Oktober 2007 in Salzgitter - Lebenstedt an. Aufgerufen wurde von den Freien Patrioten Niedersachsen hinter denen sich wohl mehr die agierenden Einzelpersonen als eine reale Organisation verbargen. Noch am 07. September kündigte Wiechmann weitere Kundgebungen in "Hannover, Celle, Lüneburg, Oldenburg und Wilhelmshaven" an. Für die bereits angemeldete Kundgebung lud Wiechmann mehr oder weniger im Alleingang den bundesweit bekannten Christian Worch als Redner ein. Dieser Schulterschluss mit offensichtlichen Neonazis ging dann einigen doch zu weit. So kam es im Vorfeld zu Auseinandersetzungen, die dazu führten, dass sich die Gruppierung pro Hannover von der Kundgebung distanziert und der geplante Redner Christian Perbandt seine Teilnahme absagte. Daraufhin gab es im Patriotischen Forum eine Schlammschlacht mit den üblichen Verdächtigungen,



**Wilhelm Köhler bei einer NPD-Schulungsveranstaltung in Wangersen im Januar 2006, links Matthias Schulz von der NPD Verden  
Foto: Recherche Nord**

Vorwürfen und nicht zuletzt Beleidigungen. So ist der kurze Versuch einer Bündelung der rechten Kleinstgruppen im Ansatz gescheitert.

Die Kundgebung selbst wurde zwar noch durchgeführt, kommt aber einem Fiasko gleich. Gerade mal zwanzig Teilnehmer waren anwesend, das reichte noch nicht einmal zur Erfüllung der Kundgebungsauflagen aus, um eine Beschallungsanlage zu benutzen. Was zur Folge hatte, dass gänzlich auf Redebeiträge verzichtet wurde. Mit von der Partie war Wilhelm Köhler, der natürlich auch von dem Erscheinen Worchs wusste, aber damit offensichtlich kein Problem hatte. Ein wirkliches trauriges Bild, zwanzig Rechtsextreme, verloren in einen großzügig abgesperrten Bereich, umringt von über 1000 Gegendemonstranten. Von den zwanzig Anwesenden waren die Hälfte anpolitisierte Jungnazis aus der unmittelbaren Umgebung. Peinlicher geht es eigentlich nicht mehr. Lediglich die Erkenntnisresistenz einiger Teilnehmer kann das noch toppen. So bewertet Köhler die ganze Aktion auch im Nachhinein durchweg positiv. Nach seinen Angaben sollen "60 größtenteils jugendliche und heranwachsende Teilnehmer aus der rechten Szene" von der Polizei nicht zur Kundgebung gelassen worden sein - ein Wunschdenken. Erfreut zeigt er sich über "23 Adressen mit Telefonnummern" die er von Leuten bekommen hat, die Interesse haben "in der Region Salzgitter ein Sozial-Patriotisches Bündnis" aufzubauen. Um dieses "Potenzial" soll sich in den "nächsten Wochen und Monaten verstärkt" gekümmert werden, "mit dem Ziel, im Frühjahr/Frühsummer 2008 ein weiteres kommunales Bündnis zu gründen". Dass offensichtlich die Kundgebung niemanden vom Sozial-Patriotischen Bündnis Celle oder Lüneburg interessierte, scheint Köhler dabei mehr oder weniger bewusst auszublenken. Denn außer Wiechmanns ebenfalls rechtsorientierte Sohn konnte aus den Landkreisen niemand mobilisiert werden.



**von oben nach unten:  
Christian Worch  
und Hans-Gerd Wiechmann als Redner,  
Sascha Humpe (links) und Jörg-Hendrik Wrieden  
alle bei dem Naziaufmarsch  
am 09.12.2006 in Celle**

## Das Nachspiel

Für Köhler hatte der peinliche Auftritt noch ein Nachspiel. Seine Teilnahme an der Kundgebung zusammen mit den Neonazis Wiechmann und Worch fand in der Berichterstattung der Celleschen Zeitung Erwähnung und ihm wurde eine Nähe zur NPD unterstellt. Aufgrund dieser Berichterstattung durfte er nicht an der Eröffnung des Dokumentationszentrum des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen teilnehmen. Ein Mitarbeiter der Stiftung Niedersächsischer Gedenkstätten hatte ihn telefonisch wieder eingeladen. Im Zuge dieser Ausladung distanzieren sich VertreterInnen von SPD, FDP und Grüne in der Celleschen Zeitung ausdrücklich von Köhler. Wilhelm Köhler ist die Erwähnung offensichtlich unbehaglich und er versucht sich in zwei Briefen an die Cellesche Zeitung zu rechtfertigen. Diese Stellungnahmen sind auch auf der Internetseite des SPB Celle veröffentlicht und in einer Anzeige im Celler Kurier wird auf die dortige Veröffentlichung hingewiesen. In diesen Briefen behauptet er, nur kurz mit Christian Worch geredet zu haben und das auch nur aus Höflichkeit. Das ist wohl nur seine Sicht der Dinge, 1000 Gegendemonstranten haben es anders gesehen. Das Ausharren der Rechtsextremen auf dem vorgesehenen Kundgebungsplatz in Salzgitter zog sich über Stunden hin und Köhler nutzte die Zeit für ein ausführliches Gespräch mit Worch, zu dem sich die beiden extra zusammensetzten. Mit dem Hinweis auf andere Bündnispartner versucht Köhler die Anwesenheit von Christian Worch, der auch in Celle auf der Nazidemo sprach, gegenüber der CZ herunter zu spielen. Aber es sind nicht gerade viele Personen erschienen und abgesehen von den örtlichen Jungnazis sind nur zwei von ihnen unbekannt. Und der Rest kann keinesfalls dazu dienen, sich von dem Vorwurf mit dem Neonazis zu paktieren, rein zu waschen. Zu Hans-Gerd Wiechmann, NPD-Mitglied und Redner auf diversen Naziaufmärschen in der ganzen Bundesrepublik und seinem ebenfalls rechts eingestellten Sohn gesellte sich noch Peter Lauer, Redner auf einer NPD-Demonstration in Verden, Matthias Faust vom NPD-Landesverband Hamburg, Jörg-Hendrik Wrieden vom NPD-Landesverband Bremen und Sascha Humpe, Bremer Neonazi der auf etlichen Neonaziaufmärschen zu sehen war und zuletzt an der NPD-Saalveranstaltung in Hannover am 15. September 2007 teilnahm. Mehr Leute waren da nicht. Diese Leute als Beleg anzuführen, es handelt sich um eine "patriotische" Veranstaltung und nicht um ein neonazistische ist mehr als dürftig. Diese Konstellation ist kein Zufall, denn man traf sich in ähnlicher Zusammensetzung eine Woche zuvor bei einem Grillfest und darüber ließ Köhler verlauten, es sei "eine gelungene und schöne Grillparty" gewesen und er fand, "besonders interessant war das Kennenlernen von anderen Patrioten, die man sonst vom hören und sagen kannte oder aus dem Forum".

Die Forderung des SPD Landtagsabgeordneten Rolf Meyer: "Es müssen jetzt auch endlich die Verbindungen zwischen dem Sozialpatriotischen Bündnis und der NPD beleuchtet werden", scheint ihn Sorge zu bereiten. Denn ein zu enger Zusammenhang mit der neonazistischen Partei könnte ihn als Justizvollzugsbeamten in berufliche Schwierigkeiten bringen. Bereits 1995 berichtete die Cellesche Zeitung von "erheb-



licher Unruhe“ unter den Bediensteten in der Justizvollzugsanstalt Celle. Neben anderen Bediensteten, die den “rechtsextremistischen Republikanern” nahe stehen wurde Köhler mit einer “gewissen Unzufriedenheit” in Verbindung gebracht. Damals ist die Sache sang und klanglos eingeschlafen.

In Köhlers jetzigem Schreiben an die CZ versucht er, seine Verbindungen zur NPD mit den Worten: “Was noch nicht ist, muss unbedingt herbeifabuliert werden!” zu entkräften. Mal abgesehen von dem bereits Erwähnten, wird durch das Lesen seiner Beiträge im Patriotische Forum eine gewisse Sympathie zur NPD durchaus deutlich. So gratuliert er dem NPD nahen Ring Nationaler Frauen (RNF) zur Neugründung einer Regionalgruppe mit den Worten “ich wünsche Euch allen viel Erfolg”, eine NPD Kundgebung gegen den G8-Gipfel auf den Treppen des Berliner Reichstagsgebäudes bewertet er als “tollen Erfolg”, das Urteil des Verwaltungsgerichts, dass der Wahlkampfauftakt der NPD im Hannover Congress Centrum (HCC) stattfinden darf, bedenkt er mit den Kommentar “prima Erfolg”, anderen Forumsteilnehmern gibt er den Ratschlag: “Ihr solltet auch keine Berührungängste bezüglich der NPD haben. Nicht an die große Glocke hängen, man kann sich mit jeweils drei Köpfen unverbindlich treffen, um Sondierungsgespräche zu führen.” In einen weiteren Beitrag schreibt er, dass “uns gar keine andere Wahl bleibt, als am 27.01.2008 NPD zu wählen!!!” und konkretisiert diesen Eintrag auf Nachfrage: “(ich habe) mein Wahlverhalten definiert und versucht, unentschlossene Patrioten in diesem Forum wachzurütteln!”.

Das kann man wohl kaum anders als einen unverholenen Wahlauf Ruf für die neonazistische NPD ansehen. Sicher weiß der in der Szene gut informierte Köhler auch, dass in Niedersachsen aufgrund der dünnen Personaldecke der NPD sich sehr viele Neonazis aus den Freien Kameradschaften als Direktkandidaten für diese Partei bewerben. In Celle sind das die führenden Köpfe der Kameradschaft 73 Dennis Bührig (Wahlkreis 45 - Bergen) und Klaus Hellmund (Wahlkreis 46-Celle). Angehörige dieser Kameradschaft kommen immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt u. a. wegen Beleidigung, Bedrohung und gefährlicher Körperverletzung. Bei Vertretern anderer Freien Kameradschaften sieht das kaum anderes aus. Für Köhler offensichtlich kein Hinderungsgrund bei der Stimmabgabe.

In dem Patriotischen Forum regt Köhler eine Diskussion über die NPD an: “Jeder, der ehrlich und überzeugt gewillt ist, aktiv in einer rechten Partei mitzuarbeiten und mitzugestalten, sollte sich für eine bereits erfolgreiche Partei entscheiden”. Man könnte “selbst eine bekannte erfolgreiche - aber für viele zu extreme - rechte Partei nach und nach personell und programmatisch verbürgerlichen und somit für die Zukunft in unserer Gesellschaft hoffähiger machen!”. Obwohl er die Partei nicht beim Namen nennt, dürfte jedem klar sein, dass die NPD gemeint ist und auf die



**Jugendarbeit ala SPB  
Köhler sammelt Adressen von Jugendlichen für den  
Aufbau einer rechten Gruppierung in Salzgitter**

Nachfrage eines anderen Forumsteilnehmers: “warum machst Du dann nicht direkt bei der NPD mit, wenn du so etwas propagierst und für empfehlenswert hältst?” reagiert Köhler sichtlich genervt: “wer (...) weiß, in welcher (...) Berufssparte der Verfasser tätig ist, ist klar im Vorteil!”. In einem weiteren Beitrag erläutert er, man würden einen “aktiven (REP)-Beamten (...) schweren Herzens dulden, ihn aber aufmerksam beobachten.” “Bei der angesprochenen Alternative würde man einen aktiven Beamten sofort vom Dienst suspendieren!”. Wieder vermeidet Köhler die Namensnennung der NPD aber es weiß trotzdem jeder was gemeint ist.

Offensichtlich hindert ihn die Angst um seine berufliche Stellung daran, selbst in der NPD aktiv zu werden aber nicht andere zur Mitarbeit zu bewegen und zur Wahl der NPD aufzufordern.

Dieter Kurz

[alle Zitat, wenn nicht anders gekennzeichnet, stammen aus dem Patriotischen Forum]



**Fiasco - ein kläglicher Haufen in Salzgitter**

# Winsener Grüne arbeiten mit Rechtsextremen zusammen

In Winsen sitzen mit Gertrud Truffel und Julius Kriszan zwei Grüne im Gemeinderat. Kriszan gehört sozusagen zum Urgestein der Grünen und saß für diese bereits im Bundestag und dürfte in Winsen parteiintern den Ton angeben. Bisher hatte er sich eigentlich immer gegen rechts positioniert. Um so erstaunlicher ist die Meldung der Celleschen Zeitung, dass die Grünen zusammen mit den beiden Vertretern des Sozial-Patriotischen Bündnisses Winsen Wilhelm Köhler und Anneliese Binar einen gemeinsamen Antrag zur Einrichtung eines Streetworker-Postens einbrachten. Von der Celleschen Zeitung auf diesem Umstand angesprochen, rechtfertigt Kriszan sein Handeln: "Nee, das stört uns nicht: Es geht um die Sache."

Da die revista auch hin und wieder Artikel von Kriszan mit ins Heft genommen hat, bat die Redaktion um eine Stellungnahme. In dieser schreibt Kriszan, es ging ihm bei dem Antrag "um die Sache (Unterstützung der Jugendlichen)". Warum aber so ein Antrag, den die Grünen auch ohne das SPB hätten stellen können, mehr Erfolg verspricht, wenn dieser von Rechtsextremen unterstützt wird, ist nicht wirklich schlüssig. Vielleicht erklärt er deshalb, das SPB ist "für mich eine rechte Partei, aber keine rechtsradikale. Wären Binar und Köhler Vertreter von NPD oder Republikaner, hätte die Zusammenarbeit nicht stattgefunden". Und für den eventuell folgenden Einwand, dass Köhler fast eineinhalb Jahrzehnte Mitglied der rechtsextremen Republikaner war, erläutert Kriszan: "ich kann differenzieren und erkenne, wenn sich jemand ändert - wie Herr Köhler, der seine rechtsradikale Vergangenheit bedauert".

Dieser Satz ist ungeheuerlich. Köhler bedauert keineswegs seine Vergangenheit (siehe den Artikel in dieser Ausgabe). Wenn es von Kriszan keine Schutzbehauptung ist, weil diese Zusammenarbeit jetzt öffentlich gemacht wird, muss er, um zu so einer Annahme zu kommen, entweder jeglichen gesunden Menschverstand vermissen lassen oder den dreisten Lügen eines Rechtsextremen aufsitzen.

Nachdem die Cellesche Zeitung die Verbindung Köhlers zu den Neonazis Wiechmann und Worch veröffentlichte, kam ein zweiter Brief von Kriszan an die Revistaredaktion. In dem gibt er an, aufgrund des CZ-Artikels vom 22. Oktober hatten er, Frau Truffel und Köhler ein ausführliches Gespräch. Kriszans Brief an die revista ist vom 23.10., offensichtlich sind die Wege in Winsen kurz. Bei dem Gespräch soll sinngemäß herausgekommen sein, dass Worch und Wiechmann unaufgefordert zu der Kundgebung erschienen, dass Köhler diese Herren aus seiner rechtsradikalen Vergangenheit kennt, die er leider nicht los wird und dass Köhler ihre Ideen für falsch hält, aber argumentieren und nicht ausgrenzen will.

Wenn das wirklich auf den Aussagen Köhlers basiert, so lässt sich konstatieren: Das ist alles komplett gelogen. Köhler

## Steigbügelhalter - wie sich die Ansichten ändern

Im Jahre 1994 bildeten im Winsener Gemeinderat die beiden Ratsherren Heinrich Hornbostel von der FDP und Jürgen Höper, der über die Wählergemeinschaft in den Rat gelang, mit dem damaligen REP-Mitglied Wilhelm Köhler eine "Ausschußzählgemeinschaft". Dies wurde von SPD und Grüne scharf kritisiert. In der Celleschen Zeitung vom 21. Mai 1994 heißt es wörtlich:

Julius H. Kriszan (Bündnis '90/Die Grünen) meinte, dass hier einem "Biedermann" die Möglichkeit eröffnet werde, seine manchmal doch recht obskuren Gedanken zu verbreiten. "Sie machen ihn hoffähig. Sie sind Steigbügelhalter" Er, Kriszan halte Köhler für einen "Biedermann, der unter seinem guten Anzug eine braune Jacke versteckt."

arbeitet mit Wiechmann bis zum heutigen Tag zusammen. Die Herren Worch und Wiechmann kamen keineswegs unaufgefordert zu der Kundgebung. Worchs Auftritt war im Vorfeld auch Köhler bekannt und dass Wiechmann als Anmelder der Kundgebung vor Ort war, ergibt sich von selbst.

Kriszan und Truffel scheinen eher auf die Aussagen eines Rechtsextremen zu vertrauen, als der Berichterstattung der Celleschen Zeitung und der dokumentierenden Beweiskraft des dort veröffentlichten Fotos. In dem Brief heißt es "Unsere einhellige Meinung: Wir glauben Wilhelm Köhler und halten ihn zwar für einen Rechten, aber nicht für einen Rechtsradikalen, Nazi, Faschisten, Rassisten oder Holocaust-Leugner." Dieses unglaubliche Gedankenkonstrukt transportiert Kriszan auch in die Öffentlichkeit, in dem Moment als Köhler von der Eröffnungsveranstaltung des Dokumentationszentrums des ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen eingeladen wurde, erklärte Kriszan der Celleschen Zeitung, dass er das nicht nachvollziehen kann.

Um es mal eindeutig in einem Satz zusammenfassen: Der ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen Julius Kriszan kann es nicht verstehen, dass ein aktiver Rechtsextremer bei einer Gedenkveranstaltung der Opfer des Faschismus am Ort der systematischen Vernichtung unerwünscht ist.

Unglaublich

Dafür erntete er von seiner Parteikollegin Gerogia Langhans dankenswerterweise öffentliche Kritik. Und wie sollte es anders sein, der von ihm so rein gewaschene Köhler springt ihm zu Seite und nimmt Kriszan auf der Internetseite des Sozial-Patriotischen Bündnisses Celle vor Langhans' Kritik in Schutz.

# SVO behindert Stromwechsel durch Kombirabatt



Bei jeder Strompreiserhöhung werden inzwischen die Kunden medial aufgefordert, doch einfach zu einem billigeren Anbieter zu wechseln. Nichts sei leichter als das. Und mit den im Internet angebotenen Vergleichsrechnern, würde man auch problemlos die Preisunterschiede herausfinden. Was woanders gelten mag, ist im Versorgungsgebiet der Stromversorgung Ostthannover (SVO) aber bedeutend schwerer. Denn hier gibt es den so genannten Kombi-Rabatt. Wer bei der SVO Strom und Gas bezieht, bekommt beim Gasverbrauch einen Rabatt - und zwar 0,15 Cent/kWh. So wird der Stromwechsel eine Aktion mit vielen Fragezeichen.

Familie Biolek lebt in Celle und bezieht Strom und Gas von der SVO. Der Jahresverbrauch liegt beim Strom immer so um 2500 kWh im Jahr. Im Jahr 2007 kostet das im allgemeinen Tarif 517,27 Euro. Zum kommenden Jahr erhöht die SVO die Preise, so dass die Familie dann 554,40 Euro zahlen würde. Deshalb überlegt man einen Stromwechsel, und aus Klimaschutzgesichtspunkten am besten gleich zu einem Anbieter wie "Naturstrom". Der dort auf der Website eingebundene Rechner weist für den Verbrauch der Familie Kosten in Höhe von 576,65 Euro aus. Gut 20 Euro mehr, das wäre o.k. für den damit verbundenen ökologischen Fingerzeig. Aber: In Celle ist der Stromwechsel verbunden mit dem Wegfall des Kombi-Rabatts. Die Bioleks haben einen Jahresverbrauch in Höhe von 30000 kWh im Jahr. Die Jahresendabrechnung weist bei Kombi-Rabatt einen Betrag in Höhe von 45,00 Euro aus. Wenn das wegfällt, kostet der Wechsel zu einem Ökostrom-Anbieter wie Naturstrom die Familie schon 67,25 Euro. Da fängt das Grübeln wieder an; obwohl: Es sind 5,60 Euro im Monat.

Aber auch für die Familie Feuerstein springt beim Wechsel nichts raus. Sie haben einen Stromverbrauch von 3500 kWh im Jahr. Sie zahlen im SVO-Tarif RegioStrom XL 700,17 Euro. Im kommenden Jahr müssten sie dafür 743,89 Euro zahlen. Bei Bello-Strom-kommt-aus-der-Steckdose würden sie nur 700,00 Euro zahlen. Also nichts wie hin? Pustekuchen. Die Feuersteins haben beim Gas einen Jahresverbrauch von 30000 kWh. Wenn sie den Stromanbieter nicht wechseln, gibt ihnen die SVO darauf einen Rabatt in Höhe von 45,00 Euro. Da kostet der Wechsel zu Bello-Strom unterm Strich sogar mehr.

Das Celler Forum gegen Atomenergie hält diesen Kombi-Rabatt für "wettbewerbsfeindlich" und hat sich deshalb mit einem offenen Brief an die vom Kreistag in den Aufsichtsrat der SVO entsandten Vertreter Klaus Wiswe (Landrat, CDU), Joachim Falkenhagen (FDP) und Dietrich-Wilhelm Ebeling

(CDU) gewandt: "... Wir halten es für äußerst problematisch, wie die SVO ihre Stromkunden durch diesen wettbewerbsverzerrenden Kombi-Rabatt an das Unternehmen zu binden versucht. Und wer zu einem anderen Stromanbieter gewechselt ist, wird als Gas-Kunde von der SVO unlauter benachteiligt. Bei demselben Verbrauch zahlt der eine mehr und der andere weniger. Wir möchten Sie deshalb bitten, sich dafür einzusetzen, dass der Kombi-Rabatt abgeschafft wird und die bisher dadurch gewährten Vergünstigungen in kompletter Höhe zur Senkung des Gastarifs um eben jene 0,15 Cent pro kWh genutzt werden."

Die Anti-AKW-Initiative hat auf ihrer Website ([www.anti-akw-celle.de](http://www.anti-akw-celle.de)) einen Strompreisrechner eingebunden, mit dem es Interessierten ermöglicht wird, einen Preisvergleich zu den Anbietern "Naturstrom", "Lichtblick" und "Elektrizitätswerke Schönau (EWS)" durchzuführen. Das wird in aller Regel teurer als bei der SVO. Drei Beispiele mit 1500, 2500 und 3500 kWh/Jahr.

Anbieter	1500	2500	3500
SVO	356,50	554,40	743,89
Naturstrom	384,15	576,65	769,15
Lichtblick	399,15	601,65	804,15
Schönau	400,80	612,80	824,80
SVO Naturstrom	399,30	657,15	896,85

Bei Wechsel muss man aber - wie geschrieben - zusätzlich auf den Kombi-Rabatt verzichten; bei einem Jahresverbrauch in Höhe von 15000 kWh (durchschnittlicher 1-Personen-Haushalt) wären es also 22,50 Euro, bei 20000 kWh 30,00 Euro und bei 30000 kWh 45,00 Euro zusätzlich. (Auch die SVO bietet übrigens einen Naturstromtarif an, der im Segment um 1500 kWh mit den anderen Anbietern mithalten kann, dann aber erheblich teurer wird.)

Über die Website [www.verivox.de](http://www.verivox.de) kann mensch sich nach weiteren Ökostrom-Anbietern umschaun. Im Unterschied zu Naturstrom, Lichtblick und EWS weiß man aber letztlich nie genau, worauf man sich einlässt. Absolut billig ist etwa "epri-mo PrimaKlima", aber: Das Ökolabel holen sie sich mit 100 % Wasserkraft aus Altanlagen in Österreich, und sie gehören zum RWE-Konzern, der parallel nicht nur AKWs betreibt, sondern auch am Bau neuer Kohlekraftwerke strickt. Seriöser scheint die Trianel Energy GmbH ([www.trianel-energie.de](http://www.trianel-energie.de)) zu sein, die - gegründet von unabhängigen Stadtwerken in NRW - ein Produkt "Hallo Natur" anbietet. Diese Gruppe lockt Kunden interessanterweise sogar mit Stromsparrabatten; aber: Auch sie plant den Bau eines neuen Kohlekraftwerks und damit Klimakillers.

## "Wie wollen wir das zukünftigen Generationen erklären?"

**Wir sprachen mit Helga Habekost, die sich als Mitglied des Naturschutzverbandes BUND und im Verein "Im-Interesse-Aller" gegen die Ostumgehung engagiert.**



**Der Bau der Ostumgehung geht im Süden des Kreises voran. Die in vielerlei Hinsicht höchstproblematische Querung der Aller bei Altencelle und die Zerstörung von Naherholungsgebieten spielen leider dabei überhaupt keine Rolle. Bleibt nur noch der juristische Weg gegen diesen verkehrspolitischen Irrweg aus dem vergangenen Jahrhundert?**

Ja, das ist leider richtig. Wir klagen gegen den 1. und 2. Bauabschnitt. Das erste Verfahren ging hauptsächlich aus formalen Gründen verloren, weshalb wir eine Revisionsnichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt haben. Alle Bemühungen um eine zeitgemäße Straßenplanung wurden von den Behörden nicht genutzt, weil trotz der Ablehnung der damaligen Planung durch das OVG-Lüneburg im Jahr 1984 noch immer an den alten Planungen und Straßenvarianten festgehalten wird. Schlimmer noch, es werden immer die gleichen Zerrbilder in die Öffentlichkeit getragen und etwas versprochen, was lediglich den Wunschvorstellungen der unwissenden Celler Bürger und Politiker entspricht. Liest man selber die Planungsunterlagen, so stößt man mehrfach darauf, dass sich mit der geplanten Ostumgehung die Verkehrsprobleme von Celle nicht lösen lassen. Die Bauabschnitte 3, 4 und 5 sind teilweise noch nicht geplant, nicht "planfestgestellt", und es liegt auch noch keine Finanzzusage vor.

**Die Projektplaner sind ja sehr optimistisch, dass sie mit der gerichtlichen Abweisung der Klage gegen den 1. Bauabschnitt auch bei den nächsten gerichtlichen Entscheidungen gewinnen werden.**

Zumindest treten die Projektplaner so in der Öffentlichkeit auf. Es scheint aber fraglich, ob die Aller-Querung, also der 3. Bauabschnitt, überhaupt "gerichtsfest" planbar ist. Sogar das OVG-Lüneburg hat in seinem letzten Urteil zum 1. Bauabschnitt im Februar 2007 deutlich darauf hingewiesen,

dass die Planung in den weiteren Abschnitten aus Naturschutzgründen noch gekippt werden kann. Derzeit sind lediglich der 1. und der 2. Bauabschnitt "planfestgestellt". Für den 3. Bauabschnitt wird das Prozedere der öffentlichen Planauslegung zum Frühjahr 2008 erwartet. Dann ist es erforderlich, dass möglichst viele Bürger Einsicht nehmen in die Planungsunterlagen und persönliche schriftliche Einwendungen oder Sammeleinwendungen machen, denn nur so wären sie später klageberechtigt. Nicht nur die Eingriffe in das Naturschutz-Gebiet sind erheblich. Es werden mit der aktuellen Straßenführung die Anwohner von Lachtehausen, Altenhagen, Altencelle ganz anders direkt betroffen, als diese sich das bislang vorgestellt haben.

**Anfang Mai gab's den so genannten "Ersten Spatenstich" für den Bau des ersten Streckenabschnitts der Ostumgehung zwischen Ehlershausen und Westercelle. Was ist baulich seitdem passiert?**

An den sieben Brückenbauwerken, die für den 1. Bauabschnitt benötigt werden, wird fleißig gebaut. Das Risiko liegt bei den Planern, zumal auch der dieser 1. Bauabschnitt ja noch nicht rechtskräftig ist. Wie man das den Steuerzahlern wohl erklären will, falls das Bundesverwaltungsgericht doch noch der Ostumgehung widerspricht? Man will hier vermutlich Fakten schaffen. Während dieser Anfangs-Bauphase haben wir allerdings erlebt, dass zwar umfangreiche Schutz-, Erhaltungs- und Ausgleichsmaßnahmen geplant waren, dass diese Kompensationsmaßnahmen aber nicht tatsächlich wie vorgesehen umgesetzt wurden. Es fällt schwer - wenn so etwas passiert - den Planungsbehörden zu vertrauen.

**Wie sieht der weitere juristische Gang aus und welche Chancen können sich die Ostumgehungsgegner noch ausrechnen?**

Gegen den 2. Bauabschnitt ist beim Verwaltungs-Gericht Lüneburg Klage eingereicht. Die Chancen werden als gut angesehen, weil gegen die Rechte von eigentumsbetroffenen Bürgern und gegen die Vorgaben des Europäischen Naturschutzes verstoßen werden soll. Bezüglich des 1. Bauabschnitts ist eine Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision beim Bundesverwaltungsgericht Leipzig anhängig. Unser Hamburger Rechtsanwalt sieht gute Erfolgchancen. Würde eine Revision dann vom BVerwG zugelassen, könnte sogar zur Klärung der Europäische Gerichtshof einbezogen werden müssen.

**Die Argumente hinsichtlich Landschaftsschutz und Naherholung an den Dammaschwiesen sind ja durch die Trassenverlegung weiter in den Osten hinaus im Alltagsbewusstsein vieler hinfällig geworden. Welche**

## Argumente führen Sie da jetzt ins Feld?

Die Ostumgehung ist umständlich-lang und kurvenreich geplant. Sie trennt mehrere Ortsteile von der Stadt ab: Altencelle, Lachtehausen, Altenhagen, Vorwerk. Sie durchschneidet Naherholungsgebiete, versiegelt Böden, verlärm, verschärft die Hochwassersituation in den Flusssauen von Fuhse, Aller und Lachte und greift damit zerstörerisch in die Natur ein. Im Osten der Stadt fließen nicht nur mehr Gewässer zusammen, die überquert werden müssen, sondern es liegen dort auch Haupt-Fernleitungen für Gas und Strom, deren Querungen eine zusätzliche finanzielle Belastung sind. Am 1. Bauabschnitt der Ostumgehung bei Adelheidsdorf - der um 1,4 km länger ist als die alte B3 - wird deutlich, dass Mehrwege und Zusatzbelastungen entstehen. Multipliziert man z.B. diese 1,4 km mit der Anzahl der Verkehrsteilnehmer, so fahren die Verkehrsteilnehmer täglich insgesamt 30.000 Auto-Kilometer mehr - mit allen Folgen von Abgasen, CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Spritmehrverbrauch. Die entstehende "Lärmschere" für Nienhorst, Adelheidsdorf, Westercelle und später ebenso für Altencelle, Lachtehausen und Altenhagen ist nicht hinnehmbar. Diese Ortsteile behalten den Lärm der bestehenden Straßen und erhalten zusätzlich den Verkehrslärm der Umgehungsstraße gewissermaßen in Stereo. Und schließlich: Für das Landschaftsbild sind die bis zu neun Meter über Geländeneiveau hohen Bauwerke der geplanten Ostumgehung eine Katastrophe, die wie eine große Mauer mehrere Ortsteile abtrennen.

**Bekanntlich ist die Finanzierung der 23,9 km langen Neubaustrecke ein Problem, zumal das bestehende Straßennetz von Bund und Land kaum unterhalten werden kann.**

In der CZ vom 17. November wurden die Kosten für die ersten vier Bauabschnitte mit insgesamt 107 Millionen Euro angegeben, aber es fehlte dabei der letzte Bauabschnitt, der bislang immer in den Gesamtkosten enthalten war. Dieser Bauabschnitt beinhaltet die Anbindung der Westtangente an die B3 bei Groß Hehlen mit einer Ortsumgehung für Groß Hehlen und war ursprünglich als erster Bauabschnitt geplant: Das wäre eine kurzfristige Entlastung der Stadt gewesen, die nun bei dem Südabschnitt als erstem Bauabschnitt so nicht gegeben ist. Offenbar ist die Kostensteigerung für die Ostumgehung derart hoch, dass dieser fünfte Abschnitt nicht mehr in den Gesamtkosten enthalten ist.

**In einem Leserbrief an die CZ haben Sie vor kurzem darauf hingewiesen, dass die jüngsten Verkehrserhebungen widerlegen, dass es mit der Ostumgehung zu einer Entlastung der Kernstadt kommen kann. Um welche Daten geht es da und wie lassen diese Zahlen sich Ihrer Auffassung nach interpretieren?**

Hier sind die aktuellsten Verkehrserhebungen zum Schwerverkehr gemeint und auch Daten aus dem Celler Straßenbauausschuss zum so genannten Integrativen Verkehrskonzept - beides ist bislang nicht veröffentlicht worden. Die Verkehrsmengen haben sich seit der letzten Verkehrszählung 1998 bis heute nicht dramatisch verändert.

So ist die Menge des Gesamtverkehrsaufkommens um ca. 5 %, der Lkw-Verkehr um etwa 11 % gestiegen. Die aktuellen Belastungszahlen wichtiger Celler Straßen offenbaren keine wesentlichen Entlastungschancen durch



die Ostumgehung. Besonders erschreckend ist, dass man für die zentrale Allerbrücke sogar von einer Mehrbelastung ausgeht, wenn der Nordwall gegenläufig befahrbar wird, wie derzeit geplant. Die Stadt Celle will mehr Verkehr in die Innenstadt hineinfließen lassen. Das aber ist genau das Gegenteil von dem, was den Bürgern mit der Notwendigkeit einer Ostumgehung eingeredet wird. Ursprünglich sollte die Ostumgehung die zentrale, viel befahrene Allerbrücke entlasten - gemäß der "Prognose 2015" verbleiben aber bei den jetzigen Planungen noch immer 30.550 Kfz auf der zentralen Allerbrücke. Und nun will die Stadt da noch draufsatteln.

**Man hat aktuell den Eindruck, dass sich die Gegner der Ostumgehung einzig noch auf der juristischen Ebene eine Verhinderungschance ausrechnen und politisch nichts mehr zu holen ist. Gibt es in Parteien und in gesellschaftlichen Gruppen überhaupt noch Diskussionen um die lokale Verkehrspolitik?**

Jetzt, wo man angesichts der fast fertig gestellten Brücken im 1. Bauabschnitt die Mächtigkeit der Bauwerke sehen kann, werden zunehmend MitbürgerInnen wach und fragen nach. Erste Ansätze sind erkennbar, dass sich verantwortliche Personen jetzt öffentlich äußern, da die Ostumgehung - wenn überhaupt - nur die möglichen Verkehrszuwächse der kommenden Jahre etwas mildern kann, die grundlegenden Verkehrsprobleme der Stadt Celle aber nicht geheilt werden. Vor dem Hintergrund der immer wiederkehrenden Diskussionen um den ÖPNV, um den Klimawandel und um die negative demographische Entwicklung in Stadt und Landkreis Celle sollten unsere Politiker verantwortungsvoller mit den knappen Haushaltsmitteln umgehen und eher den Fahrrad- und Busverkehr attraktiver machen. Nur die Grünen haben verschiedene Anträge zur Verbesserung des Nahverkehrs gestellt, die Mehrheit hat jedoch diese Vorschläge abgelehnt. Ich habe den Eindruck, dass Informationsbedarf besteht und Ortsräte sowie einige interessierte Bürger sich neuerdings Gedanken machen. Eigentlich kann doch nicht eine ganze Stadt der Aussage nahefeiern, die ein Celler CDU-Politiker machte: "Wenn man sich einmal für die Ostumgehung entschieden hat, dann muss man nicht mehr nachdenken - dann heißt es: Augen zu und durch!" Wie wollen wir das zukünftigen Generationen erklären?

Die Kreisgruppe Celle des BUND steht interessierten BürgerInnen mit sachlicher Information und Hilfestellungen zur Ostumgehung zur Seite. Zur Finanzierung der eingereichten Gutachten und Rechtsanwälte werden weitere Spenden erbeten auf das des BUND, Konto 4500004200 bei der Volksbank Burgdorf-Celle, BLZ: 25 19 0001.

## Hochsicherheitstrakt und Solidarität mit politischen Gefangenen (2)



Die RAF hatte sich mit der strategischen Positionierung über das so genannte "Front-Papier" von 1982 zu einer Attentats-Organisation entwickelt. 1985 wurde der MTU-Chef Ernst Zimmermann erschossen, 1986 das Siemens-Vorstandsmitglied Karl Heinz Beckurts und der Abteilungsleiter im

Auswärtigen Amt Gerold von Braunmühl. Dieses Konzept der RAF wurde aus linksradikaler Sicht von der Frankfurter l.u.p.u.s.-Gruppe im Herbst 1986 einer gründlichen Kritik unterzogen. Sie verglich die Ziele und Intentionen der RAF zu Beginn der 1970er Jahre mit der Theorie und Praxis der RAF in den 1980er Jahren und kam zu dem Ergebnis, dass das Konzept "Stadtguerilla" gescheitert sei:

"Es hat sich nicht bewahrheitet, 'dass die Guerilla sich ausbreiten wird, Fuß fassen wird' ... Fakt ist doch, dass mehr RAF-Mitglieder tot, im Knast oder ins Ausland geflüchtet sind als hier in der BRD kämpfen. Fakt ist doch, dass die heutige Politik der RAF eher von Niederlagen geprägt ist als von ihren Siegen. Fakt ist doch, dass die Sympathie, die die RAF noch vor 14 Jahren zumindestens in kleinen Teilen der Bevölkerung genoss, geschwunden ist, anstatt zu wachsen. Fakt ist doch, dass sich die RAF im Ausland sicherer fühlt als im eigenen Land, ein Eingeständnis dafür, dass der Untergrund hier viel zu flach ist, als dass er sie schützen könnte". (l.u.p.u.s. 1987)

Gleichzeitig waren die 1980er Jahre das Jahrzehnt der "Massen"-Miliz aus den Sozialen Bewegungen: Strommasten purzelten, "Bonzen"-Autos wurden abgeackelt, in Wackersdorf und an der Startbahn West entwickelte sich die Sachbeschädigung an den Bauzäunen zum "Volx"-Sport. Daneben zeigte der US-Imperialismus in El Salvador und Nicaragua gegen die Befreiungsbewegungen seine hässlichste Fratze. Vor diesem Hintergrund gab es trotz aller grundsätzlicher Kritik an der RAF in der radikalen Linken bei Vielen die oft zitierte "klammheimliche Freude" über ihre Aktionen. Und in der Gefangenenfrage galt, was Georg Fülberth zuletzt im Zusammenhang mit der Diskussion um Christian Klars Entlassung so ausdrückte: "Ich bin ein Linker, und die Linke hat für mich nach links hin keine Grenze. Also gehören die Gefangenen aus der RAF für mich dazu, auch wenn sie schwere Irrtümer begangen haben." (Express-Online, 21.07.2007)

So ist es vielleicht nicht erstaunlich, dass die Beschäftigung mit der Situation der Gefangenen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in Celle eher zunahm. Vom 25.02.

- 20.03.1987 wurde z.B. im "Le Bistro" eine "Ausstellung zur Isolationshaft" gezeigt. Als Veranstalter traten neben der "Unabhängigen Initiative" (Celles seinerzeitiger Autonomenzirkel), die Stadtratsfraktion der GRÜNEN, der Volksfront, das Kneipenkollektiv vom "Le Bistro" sogar die Jusos auf. Im Rahmenprogramm hielt einer der Künstler, Uwe Ahrens, einen Diavortrag "Politische Kunst und moralische Wende" und es gab eine Informationsveranstaltung mit dem hannoverschen Rechtsanwalt Dieter Adler. (Vgl. Zündel, 3/1987, 28-29)

Am 01.02.1989 begann der insgesamt zehnte Hungerstreik. Erstmals entstand in Celle ein eigenes "Plenum" von Leuten aus dem grün-alternativen und autonomen Spektrum, das sich mit der Forderung nach Zusammenlegung solidarisch erklärte und mit mehreren Flugblättern eine eigenständige Informationsarbeit begann. In Celle und Köln fanden am 11.03. Demonstrationen statt, wobei in Celle der Ortsverband der Grünen als Anmelder auftrat. Mit insgesamt rund 650 TeilnehmerInnen, davon etwa 70 aus Celle, war die Mobilisierung im Vergleich zu 1985 deutlich besser. Zuzuschreiben war dies einer neuen Offenheit der Unterstützerszene und den Erklärungen der Gefangenen. Zu einer Veranstaltung der Initiative "Zusammenschluss Celler Bürger/innen für Zusammenlegung" mit dem grünen Landtagsabgeordneten Dr. Peter Hansen kamen am 03.04. rund 80 BesucherInnen. Die Cellesche Zeitung zitierte in ihrer Überschrift "Kleingruppenisolation unerträglich" den Referenten und berichtete ausführlich und korrekt. (CZ, 6.4.1989) Am 05.04. machte die Initiative eine Mahnwache vor dem Celler Knast, und am 07.04. "besuchte" ein Dutzend Leute den SPD-Landtagsabgeordneten Fritz Riege in seinem Wahlkreisbüro, um ihn "anzuregen", in Telegrammen die SPD-Ministerpräsidenten zu konkreten Angeboten aufzufordern. Riege selbst sprach sich dafür aus, die Gefangenen in den "Normalvollzug" zu überführen, übermittelte aber auch die Positionen seiner "BesucherInnen". (CZ, 08.04.1989)

Parallel wurden ab Anfang Mai von einem Kreis um den Künstler und Publizisten RWLE Möller Unterschriften unter einen "Dringlichkeitsappell" gesammelt ("Es darf keine Toten in Celle geben"). Er wurde von 99 Leuten unterzeichnet, u.a. von fünf Ratsmitgliedern der GRÜNEN und der SPD wie auch dem heutigen Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Jens Rejmann.

Als im Celler Kurier ein von etlichen Mitgliedern der ZL-Initiative unterschriebener Aufruf veröffentlicht wurde (CK, 14.05.1989), hatten die Gefangenen den Abbruch des

Hungerstreiks bekannt gegeben. Die Zugeständnisse staatlicherseits beschränkten sich letztlich auf die Einrichtung einer weiteren Kleinstgruppe in Köln und die Erweiterung der Lübecker Gruppe auf vier Frauen; aus Nordrhein -Westfalen soll Rolf Clemens Wagner nach Celle verlegt werden (woraus anschließend nichts wurde). In der Abbrucherklärung schrieb Eva Haule: "Es wäre sinnlos gewesen weiterzumachen. Ein Widerspruch zu allem, worum wir hier kämpfen: Unser Leben. ... Wir wollen die Diskussion mit allen Menschen/Gruppen, die aus ihren unterschiedlichen Erfahrungen und politischen Prozessen solidarisch bzw. kritisch-solidarisch mit uns sind. ... Es ist klar, dass wir die Bedingungen dafür konkret noch schaffen müssen. Zusammen!" (taz, 31.05.1989)

Neben der Zusammenlegung in große Gruppen war im Hungerstreik auch eine freie Kommunikation mit Gruppen und Einzelpersonen gefordert worden, ein Dialog mit "allen gesellschaftlichen Gruppen" wurde angestrebt. Die Celler Soli-Initiative fühlte sich von diesem Ansatz angesprochen und traf sich auch nach dem Abbruch des Hungerstreiks weiter. So wurde am 18.11.1989 der Schriftsteller Christian Geissler ins "Le Bistro" eingeladen, der sich seit Jahren für die Gefangenen einsetzte. Sein Roman "kamalatta", eine kunstvoll literarisch-kritische Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik, war in linken Kreisen gerade Pflichtlektüre. Die Diskussion allerdings wurde überlagert von der Nachricht des Todes von Conny Wessmann, einer Göttinger AntiFa, die in der Nacht vorher, von der Polizei gehetzt, von einem Auto überfahren worden war.

Zu Anfang des Jahres 1990 initiierte die Initiative über die Schiene der GRÜNEN je einen Einzelbesuch bei den Celler Gefangenen. Aus diesen Treffen erwuchs die Idee, die zumeist leeren Phrasen der Politik von Gleichbehandlung und "Normalität" auszutesten. Sieben Leute beantragten, über den Status so genannter "ehrenamtlicher Mitarbeiter" eine Diskussionsgruppe für die Gefangenen aus der RAF anbieten zu wollen. Ähnliche Freizeitgruppen für soziale Gefangene gab es schon, etwa auf Initiative von SPD oder auch der GRÜNEN. Diese Form ehrenamtlicher Mitarbeiter sollte nach dem Strafvollzugsgesetz dazu beitragen, "persönliche Schwierigkeiten abzubauen, allgemeine und berufliche Bildung zu fördern, zur sinnvollen Freizeitgestaltung anzuregen, die Entlassung vorzubereiten und persönlichen Beistand vor und nach der Entlassung zu geben." Das schloss die Berechtigung ein, "a) die Justizvollzugsanstalt einzeln oder in Gruppen aufzusuchen und b) mit Gefangenen in den dazu vorgesehenen Räumen zu sprechen." (Niedersächsischen Rechtspflege 1979, 215)

Es bedurfte zwar eines zähen politischen und juristischen Ringens, aber im Herbst 1990 konnte die Knastgruppe ihr Tun aufnehmen. Zu den Faktoren, die dies ermöglichten, gehörte sicherlich, dass die CDU/FDP-Landesregierung im Mai abgewählt worden war, und Heidi Alm-Merk (vordem im Bundesvorstand von ai) im Juni zur Justizministerin des rot-grünen Kabinetts gewählt wurde. Zeitparallel ging der Celler Knastleiter Paul Kühling in Ruhestand und wurde durch den Sozialdemokraten Rüdiger Wohlgenuth ersetzt. In Schleswig-Holstein hatte zudem ein SPD-Justizminister gerade eine Gruppe um den Hamburger ai-Pfarrer Helmut Frenz Besuche bei den in Lübeck einsitzenden Frauen aus RAF und Widerstand zugelassen.

Anstaltsintern wurde die Gruppe unter dem Firmenschild "GRÜNE" geführt. Das entsprach aber nicht wirklich der Zusammensetzung: Nur zwei der sieben Mitglieder gehören der Partei an (und das auch nur bis zum November 1991), drei weiteren hätte man seinerzeit am ehesten das Label "autonom" angeheftet und die übrigen in Schubladen zu stecken fiel schwer. Nach außen agierte die Gruppe schnell als AK Drinnen & Draußen Celle.

Im Zentrum der Aktivitäten stand die Diskussion mit den Gefangenen, die an zwei Abenden im Monat stattfand. Zu diesen Treffen im Knast konnten seit 1992 auch ReferentInnen eingeladen werden. Unter anderem kamen so u.a. Georg Fülberth (Marburg), Dieter ("Alfons") Diemer (Hannover), Robert Kurz (Nürnberg), Walter Moßmann (Freiburg), Hans Branscheidt (Frankfurt), Lothar Baier (Frankfurt), Raul Zelik (Berlin) und Hans-Helmut Kohl (Frankfurter Rundschau) zu einem Austausch mit den Gefangenen.

Das Ansinnen von Mitgliedern der Gruppe, regelmäßig nicht angerechnete Einzelbesuche zu machen, war im Frühjahr 1991 zunächst abgelehnt worden. Vor der



Demonstration in Celle am 11.03.1989

Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Lüneburg konnte aber im August ein Beschluss gegen die Sicht der JVA erzielt werden und die Anstalt ließ sich auch darauf ein.

Anfang 1992 verkündete der damalige FDP-Bundesjustizminister Klaus Kinkel, der Staat müsse "dort wo es angebracht ist, zur Versöhnung bereit sein" und brachte eine vorzeitige Entlassung inhaftierter RAF-Gefangenen ins Gespräch. Das NDR-Fernsehen lud daraufhin sofort zu einem "Talk". Am 31.01.1992 wurde im Dritten eine Diskussionsrunde ausgestrahlt, in der der ehemalige Bundesanwalt Kurt Rebmann, die Nds. Justizministerin Heidi Alm-Merk, Burkhard Hirsch (FDP) auf die Rechtsanwältin Barbara Klawitter und einen Vertreter des Celler AK Drinnen & Draußen trafen. Inhaltlich brachte die Runde nur den Austausch bekannter Positionen.

Im März 1992 wurden Dellwo, Folkerts und Tauffer ohne vorherige Ankündigung als dem Hochsicherheitstrakt in den "Normalvollzug" verlegt. Ein Hintergrund: Nach einem Ausbruch von vier Gefangenen aus der JVA im Oktober 1992 wollte man den Trakt für "besonders gefährliche Gefangene" nutzen. (CZ, 19.03.1992)

Am 10. April 1992 gab die RAF bekannt, dass sie die "Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat ... einstellen" würde. Verbunden war diese Erklärung mit der Aufforderung an die Linke, "Gegenmacht von unten" zu diskutieren und in Projekten anzugehen. Und selbstverständlich erwartete die RAF auf diese Erklärung hin auch eine staatliche Reaktion hinsichtlich der Situation der politischen Gefangenen. (Vgl. ID-Archiv 1995, 16-20).

Den Kleingruppen im Lübecker Frauenknast und in der Celler Justizvollzugsanstalt wurden daraufhin von den Landesjustizministerien je drei Interviews zugestanden. Am 16.05. wurde unter dem Titel "Alle 40 müssen raus" ein Interview mit den vier in Lübeck inhaftierten Frauen vom NDR ausgestrahlt. Die Bedeutung dieser Angelegenheit wird auch im Nachhinein noch darin deutlich, dass man im Anschluss an den Beitrag eine "Talk"-Runde mit Politikern, Verfassungsschützern und Rechtsanwälten das Gesehene "bewerten" ließ.



Demonstration in Celle am 11.03.1989

Im Mai kamen Hermann Gremliza, Thomas Ebermann und Rosita Timm von der "konkret"-Redaktion in den Celler Knast und führten eine Diskussion, die unter dem Titel "Sie wollen uns auslöschen" im Juni-Heft der Zeitschrift veröffentlicht wurde. (Vgl. ID-Archiv 1995, 88-108) Am 05.06. sendete dann "Premiere" das von Oliver Tolmein und Roger Willemsen geführte "Gespräch mit Gefangenen" aus dem Celler Knast. Und am 10.06. brachte der NDR noch ein Hörfunk-Interview. Die Medien moderierten gewissermaßen einen politischen Prozess. Die Hochsicherheitsgespräche waren wohl auch als Tests auf Reaktionen der Inhaftierten gedacht. Doch grundsätzliche Distanzierungen von Gewalt waren nicht zu ernten, wohl aber Reflexionen auf einem Niveau, das heute nicht mehr als fernsehkompatibel angesehen würde - und die Gefangenen begrüßten ausdrücklich die Erklärung der Illegalen.

Der AK Drinnen und Draußen reagierte auf diese Entwicklung mit der Herausgabe einer Broschüre mit "Texte(n) von Gefangenen aus RAF und Widerstand" unter dem als Titel gewählten Lukács-Zitat "Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß". Die 84-seitige Broschüre im Din A4-Format erschien im Juli 1992 in einer Auflage von 2000 Exemplaren im Hamburger GNN-Verlag. Der AK hatte alle Gefangenen aufgefordert, über diese Veröffentlichung in eine Diskussion über die aktuelle politische Situation einzutreten. Die Broschüre versammelte zwar teilweise ausgesprochen interessante Analysen und Beobachtungen, aber: Neben den drei Celler Gefangenen beteiligten sich vor allem Leute aus dem so genannten "Widerstand", z.B. Norbert Hofmeier, Sven Schmid, Andrea Sievering. Die Arbeit an der Veröffentlichung hatte vor der RAF-Erklärung vom April 1992 begonnen, der einleitende Text von Karl-Heinz Dellwo nahm aber den dort gespielten Ball auf: "die Zerstörung des Sozialen ist hier zur Normalität geworden, die dem Verhältnis des Staates zu politischen und sozialen Widersprüchen entspricht. Das Soziale empfinden der Menschen haben sie damit in die defensive gebracht, nicht Repression und Zerstörung gegen Menschen und Natur sind es, die sich rechtfertigen müssen, sondern das Soziale und weltverantwortliche Bemühen der Menschen ist es, das unter Rechtfertigungszwang gerät, das sich selbst gegenüber als 'unnatürlich' entfremdet ist. ... das Entwickeln eines eigenen Sozialen Raums ist die Aufgabe von uns allen. ... alles, was für eine grundsätzliche gesellschaftliche Veränderung fehlt, können wir nur gemeinsam finden." (AK Drinnen & Draußen 1992, 3) Eine inhaltliche Diskussion unter den Gefangenen und den Unterstützerzirkeln brachte sie aber nicht in Gang.

Zwar wurden im Frühsommer die seit langem haftunfähigen Günter Sonnenberg und Claudia Wannersdorfer entlassen, aber im August war den Anwälten signalisiert worden, dass es keine politische Lösung gäbe. Exemplarisch vorgeführt wurde dies im Begnadigungsverfahren für Bernd Rössner; trotz erfolgter Zusagen kam es nicht zu einer Entscheidung des Bundespräsidenten. Der AK Drinnen & Draußen organisierte für den 24. Oktober 1992 gemeinsam mit anderen norddeutschen Initiativen in Celle eine Knast-Kundgebung, da für die Folgewoche eine Anhörung vor Düsseldorf OLG stattfinden sollte, deren Ausgang skeptisch beurteilt wurde. Wohl auch



von der Justizministerin Leuthäuser-Schnarrenberger, die am Tag vor der Celler Aktion eine Strafaussetzung zum 17.11. verkündete. Mit knapp 70 Leuten wurde dennoch am Knast eine kritische Beurteilung der Verschleppungstaktik verlesen.

Von der Freilassung Rössners hatten sieben Gefangene, die bereits über 15 Jahre inhaftiert waren, abhängig gemacht, ob sie in das formale Verfahren von Entlassungsanträgen einsteigen würden. Im November gab Karl-Heinz Dellwo für die betreffenden Gefangenen eine dahingehende Erklärung ab, in der er aber auch feststellt, dass es der Staat offenbar keine der dem qualitativen Schritt der RAF entsprechende Antwort geben wolle. (ID-Archiv 1995, 164-167)

Am 27.03.1993 sprengte die RAF das fast fertiggestellte, aber noch nicht belegte Gefängnis in Weiterstadt in die Luft und verband dies mit einer Erklärung, in der es u.a. heißt: "Wir wollen mit dieser Aktion zu dem politischen Druck beitragen, der die harte Haltung gegen unsere Gefangenen GenossInnen aufbrechen [...] kann." (Vgl. ID-Archiv 1995, 214)

Um Bewegung in die festgefahrene Situation zu bringen, baten die Celler Gefangenen der grünen Bundestagsabgeordneten Christian Ströbele, vertrauliche Gespräche mit Edzard Reuter, seinerzeit Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG und dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, zu führen. Von Reuter erhoffte man sich, dass Wirtschaftskreise auf die Regierung Kohl Druck machen könnten. Denn die RAF hatte die Aussetzung ihrer Attentate mit der Hoffnung auf eine Lösung der Gefangenenfrage verbunden. Bubis sollte mit allen Gefangenen reden und von der gesellschaftlichen Seite her, den Prozess in Gang bringen. Doch dann kam Bad Kleinen. Dem Staatsschutz war es gelungen, den Spitzel Klaus Steinmetz in Kontakt zu den Illegalen zu bringen. Am 27.06.1993 wurde Wolfgang Grams getötet und Birgit Hogefeld verhaftet. Grams starb an einem aufgesetzten Kopfschuss. Augenzeugen gaben an, er sei von einem Beamten der GSG9 erschossen worden. Innenminister Rudolf Seiters trat zurück; etwas voreilig, denn der Mord-Vorwurf wurde in eine Selbstmord-Variante gedreht. Renommiertere Experten wie der Düsseldorfer Rechtsmediziner Wolfgang Bonte bestritten diese Festlegung vehement. (Vgl. ID-Archiv 1994, 129-150) - Durch den Fahndungserfolg von Bad Kleinen sah die Regierung die Kommandoebene der RAF derart geschwächt, dass für sie keinerlei Notwendigkeit mehr

bestand, eine irgendwie geartete politische Lösung für die Gefangenen anzustreben.

Überraschend erklärte Ende Oktober Brigitte Mohnhaupt für den Großteil der Gefangenen den Bruch zu den Celler Gefangenen und der RAF. Die Gesprächsversuche mit Reuter und Bubis wurden als "Tauschhandel" kritisiert, also kurz gesagt: Auflösung der RAF gegen Freilassung der Gefangenen. Und es ging um gänzlich unterschiedliche Bewertungen der RAF-Aktionen der 1980er. Die Gräben, die in einer verbittert geführten Auseinandersetzung entstanden, sind bis heute nicht überwunden. (Vgl. ID-Archiv 1995, Holderberg 2007)

Der AK Drinnen & Draußen hatte im Sommer 1993 nach Weiterstadt eine 36-seitige Broschüre mit dem Titel "Eine Einführung in die Geschichte der Rote Armee Fraktion (RAF) 1970-1993" heraus. Adressat dieser Veröffentlichung waren vor allem jüngere Leute, denen so der Zugang zu den Diskussionen erleichtert werden sollte. Das schmale Heft verkaufte sich ungemein gut; es wurde später von Leuten aus der Hamburger Hafestraße mit neuem Lay-Out in weiteren Auflagen in der "Reihe Antifaschistische Texte" (rat) nachgedruckt. Mit der Spaltung der Gefangenengruppe war aber auch der Boden für bundesweite Netzwerke der Solidarität weg. Die süddeutschen Initiativen stellten sich fast ausnahmslos gegen die Celler Gefangenen und damit auch gegen die sie unterstützenden Leute aus Hamburg und Celle. Der AK Drinnen & Draußen initiierte trotz dieser Widrigkeiten im Herbst 1993 noch eine Kleinanzeigenaktion für die Freilassung von Irmgard Möller in der "taz", wo über Wochen Einzelpersonen, Gruppen und Verbände Grüße an die Gefangene sandten und ihre Haftentlassung forderten. Weiter unterstützte er eine Kampagne, die zum Besuch des in Frankfurt stattfindenden Prozesses gegen Birgit Hogefeld aufrief - was dann auch einige aus der Celler Gruppe machten.

Der AK Drinnen & Draußen löste sich nach den Entlassungen der Celler Gefangenen auf.

Lutz Taufer wurde am 26.04.1995 nach über 20 Jahren aus der Haft entlassen, Karl-Heinz Dellwo am 10.05.1995. Beide wurden von einem vielköpfigen Bekanntenkreis durch die Kneipe "Celler Loch" (heute "Morlock") in die so genannte "Freiheit" geschleust. - Knut Folkerts kam nach über 18 Jahren am 16.10.1995 raus.

---

AK Drinnen & Draußen Celle (Hg.) (1992): >Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß. Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992. Köln.

Dellwo, Karl-Heinz (1997): Mitten im Nebel; in: Die Beute. Politik und Verbrechen - Winter 1997/98, S. 17-37.

Holderberg, Angelika u.a. (2007): Nach dem bewaffneten Kampf. Ehe ehemalige Mitglieder der RAF und Bewegung 2. Juni sprechen mit Therapeuten über ihre Vergangenheit. Gießen. (in der StaBi unter Med 844)

ID-Archiv im IISG (Hg.) (1994): Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams. Berlin. (Verfügbar als pdf unter <http://syntheti.cc/badkleinen/pdf/BadKleinen.pdf>)

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.) (1995): "wir haben mehr fragen als antworten. RAF. diskussionen 1992-1994. Berlin-Amsterdam (als download unter: [http://www.nadir.org/nadir/archiv/PolitischeStroemungen/Stadtguerilla+RAF/RAF/raf-diskussionen\\_92-94.PDF](http://www.nadir.org/nadir/archiv/PolitischeStroemungen/Stadtguerilla+RAF/RAF/raf-diskussionen_92-94.PDF)).

L.u.p.u.s. (1987): Nicht mehr länger Bauern auf dem Schachbrett der Generäle; in: Schwarzer Faden Nr.23 / 1987.

SKI Celle (Hg.) (1993): Eine Einführung in die Geschichte der Rote Armee Fraktion (RAF) 1970-1993. Celle. (Text unter: [http://members.vol.at/million/RAF\\_2.htm](http://members.vol.at/million/RAF_2.htm))

Taufer, Lutz (1995): Gesellschaft oder Isolation. "In der RAF war auch immer etwas Emanzipatorisches"; in analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 363 / 9.2.1994 und Teil 2: Nr. 364 / 09.03.1994 (beides in ID-Archiv 1995, S. 303-332)

## Schwermetallbelastung an Aller

Die Aller-Auen im Flotwedel und in Celles Osten sind, wie die Kreisverwaltung während der letzten Kreisumweltausschusssitzung berichtete, weitflächig mit Schwermetallen kontaminiert. Schuld ist der Harz bzw. der dort betriebene Metallergbergbau und das damit verbundene Hüttenwesen. Hierdurch sind im engeren Harzgebiet und seinem unmittelbaren Vorland die Oberböden stark mit den Elementen Arsen, Blei, Cadmium, Zink, Thallium u.a. angereichert. Oker, Innerste, Leine und Aller haben diesen Schwermetallen befördert; das Problem verschärfte sich auch dadurch, dass Landwirte im Flotwedel ihre Äcker jahrzehntelang mit Flusswasser beregnen haben. Genauere Angabe über das Ausmaß der Belastung konnte die Kreisverwaltung nicht machen; Boden-Analysen und eine historische Recherche sollen im nächsten Jahr beginnen. Betroffen sind vorrangig Gebiete an der Oberaller; das Wehr in Celle fungiert scheinbar als Hindernis, denn unterhalb sind bisher keine nennenswerten Belastungen festgestellt worden. Nachdem die Kreisverwaltung zunächst schon vorliegende Prüfwerte scheinbar zurückhalten wollte, wurden auf Druck der CZ besorgniserregende Werte insbesondere hinsichtlich des Cadmium-Gehalts bekannt gegeben. Die Werte stammen aus Proben des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie und übersteigen teilweise den Grenzwert der Bundes-Bodenschutzverordnung erheblich. Für Weideland werden hier 20 mg pro kg Boden festgelegt; 13 Proben überschritten diesen Wert mit bis zu 80 mg erheblich. Die Landwirtschaftskammer rät Bauern, bestimmte Pflanzen ab einer Belastung von 0,1 mg bzw. sogar 0,04 mg für Brotweizen nicht anzubauen. Das Problem scheint mithin gravierend. Um so erstaunlicher, dass die Landkreisverwaltung weder Politik noch Öffentlichkeit bisher informiert hatten, obwohl das Problem intern seit eineinhalb Jahren bekannt ist.

## Wiswe als Oberlehrer?

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP wollen ein Pilotprojekt nach Celle holen, in dessen Rahmen alle Lehrerinnen und Lehrer ab Klasse 5 nicht mehr das Land Niedersachsen, sondern die Kreisverwaltung als Dienstherren haben. Betroffen wären rund 2800 Lehrerinnen und Lehrer. Erforderlich ist die Zustimmung der Landesregierung; frühestens zum Schuljahr 2009/10 könnte der Startschuss fallen.

Die SPD-Kreistagsfraktion wies vor allem auf die offenen Fragen eines solchen Projekts hin. Grundsätzliche Kritik konnte sie eigentlich schwerlich vorbringen, heißt es doch in einem vom Landesvorstand beschlossenen Papier "Zukunft der Bildung": "Daher wollen wir Modelle erproben, Schulen ganz in kommunale Trägerschaft zu geben, d. h. auch die Lehrer zu Beamten der Gemeinden, Städte und Kreise zu machen. Dabei muss für die Kommunen gewährleistet sein, dass die Personalkosten in voller Höhe vom Land erstattet werden. Auch wird das Land als Gewährleister der Bildungspolitik den personellen und pädagogischen Rahmen weiterhin definieren müssen." Das zentrale Argument der Sozialdemokraten ist, dass die Trennung von sachlicher Schulträgerschaft der Kommunen einerseits und der Verantwortung des Landes für das pädagogische Personal andererseits ein gutes und sinnvolles Zusammenwirken erschwere. Letztlich stimmte die SPD-Kreistagsfraktion mehrheitlich auch der Aufnahme von Verhandlungen zu.

Für die Bündnisgrünen kritisierte der Kreisvorsitzende Bernd Zobel, dass der Landkreis sich auch anmaße, über Klassengrößen und Zahl der Lehrer pro Schule zu bestimmen. Dies widerspreche jeglichem Gleichbehandlungsgrundsatz. Für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sah Matthias Dickmann, einen Rückschritt, da das Bildungssystem schon jetzt daran kranke, keine einheitlichen Strukturen zu haben. Manfred Busch, Leiter der

Realschule Auf der Heese und Landesvorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer, teilt diese Bedenken: "Reale Vorteile bei einer Kommunalisierung der Schullandschaft sind nicht zu erkennen. Es darf nicht sein, dass die Qualität von Schule von der Finanzkraft des Schulträgers abhängt."

Bei einer von der FDP organisierten Informationsveranstaltung sprachen sich die anwesenden Lehrer (auch und gerade jene vom eher konservativen Philologenverband) durchweg gegen die Kommunalisierung aus. Trotz der also von vielen Seiten geäußerten Bedenken erteilten CDU/FDP in der Schulausschusssitzung vom November der Verwaltungsspitze einen Verhandlungsauftrag mit der Landesregierung.

## ... fast ausschließlich in armen Familien

Kommentierend fiel dem CZ-Redakteur Oliver Gatz auf, dass "Misshandlungen von Kindern fast ausschließlich in armen Familien stattfinden". Was könnte man deshalb als Vorschlag erwarten? Armutsbekämpfung vielleicht. Ach nööö. Geld soll her für die Kooperation zwischen Ämter und Polizei, und wenn Eltern sich als "erziehungsunfähig erweisen, muss der Staat zum Wohle des Kindes einschreiten können"; sprich: ab ins Heim.

## Klinikum Wahrendorff GmbH übernimmt AWO Pflegedienst

Im Juli 2007 konnte die Klinikum Wahrendorff GmbH eine erfolgreiche Ausweitung ihres Geschäftsbereichs vermelden: Sie hatte gerade einen in Insolvenz geratenen ambulanten Pflegedienst der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Celle erworben. Seit Oktober trägt dieser den Namen "Is' ja Pflege". Durch den nach § 613a Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) vorgeschriebenen Mindestbestandsschutz von einem Jahr

ist die Klinik-Geschäftsleitung zwar erst einmal daran gehindert, die bisherigen AWO-Verträge umgehend den neuen Arbeitsverträgen der GmbH anzugleichen. Dennoch ist zu befürchten, dass dies nach Ablauf dieser Frist zumindest versucht wird. Damit würde den 20 Beschäftigten des ambulanten Pflegedienstes in Celle ein enormer Gehaltsverlust drohen. Mit Schrecken mussten sie schon jetzt erkennen, dass ihr momentaner Nettoarbeitslohn ungefähr dem Bruttoverdienst in der lltener Privatpsychiatrie entsprechen würde. Den Beschwichtigungsversuchen der Geschäftsleitung wurde daher kein Glaube mehr geschenkt; die KollegInnen haben sich zusammengetan und erstmal von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beraten lassen. Der Zusammenhalt und die Aufmerksamkeit der KollegInnen verhinderte vorerst Schlimmeres: Der Griff der Wahrendorff-Geschäftsleitung nach den tariflich vereinbarten Zusatzrenten der Beschäftigten ging fehl, die Pflegekräfte machten nun ihre Rechte geltend. - In der CZ war übrigens davon nichts zu lesen, sondern dass sich Pflegedienstleiterin Monika Graetsch über den Erhalt der Arbeitsplätze freue. (Quelle: [http://www.fau.org/ortsgruppen/hannover/gs/privatisierung/art\\_071009-232856](http://www.fau.org/ortsgruppen/hannover/gs/privatisierung/art_071009-232856))

## ... und die Wehrpflicht aussetzen

Der Celler Ortsverein der SPD hat sich für die "Aussetzung" der Wehrpflicht ausgesprochen. Die allgemeine Wehrpflicht könne nicht mehr gerecht organisiert werden und sie könne sich auch nicht aus dem Zivildienst ableiten. Etwas kryptisch heißt es im Anfang Oktober gefassten Beschluss am Ende: "Den Vorschlag des Parteivorstandes für eine "Freiwillige Wehrpflicht" lehnen wir ab und fordern einen neuen Kompromiss, zum Beispiel die Aussetzung der Wehrpflicht und eine Überprüfung nach einigen Jahren. Die Zukunft der deutschen Bundeswehr sehen wir

weder in der Wehrpflicht, noch in einem faulen Kompromiss zwischen Freiwilligkeit und Pflichtdienst, sondern langfristig in einer europäischen Freiwilligenarmee."

## Familienfreundliches Celle ...

... mit diesem Label versuchen OB Biermann und die CDU sich ein modernes Image zu geben. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft aber eine große Lücke. Das zeigte jüngst der Familienatlas 2007 der Prognos AG (<http://www.prognos.com/familienatlas/>). In einem Ranking der Daten aller Landkreise und kreisfreien Städte kommt Celle in der "Betreuungsquote der unter dreijährigen Kinder" auf Rang 396 von 439, in der Ganztagsbetreuungsquote im Kindergartenalter auf Rang 347. Entschuldigend wies OB Biermann gegenüber der CZ darauf hin, dass es ein Stadt-Land-Gefälle gäbe, die Stadt also deutlich besser dastünde als die Landkreisgemeinden.

## Hauptmeyer für Smith

Im Oktober ist Andreas Hauptmeyer im Kreistag für Donald Smith nachgerückt. Er nimmt für das Bündnis Soziale Gerechtigkeit damit sowohl im Stadtrat wie im Kreistag das bei der letzten Kommunalwahl errungene Mandat wahr.

## Was erlaube Struuuck?

Der Vorsitzende der SPD-

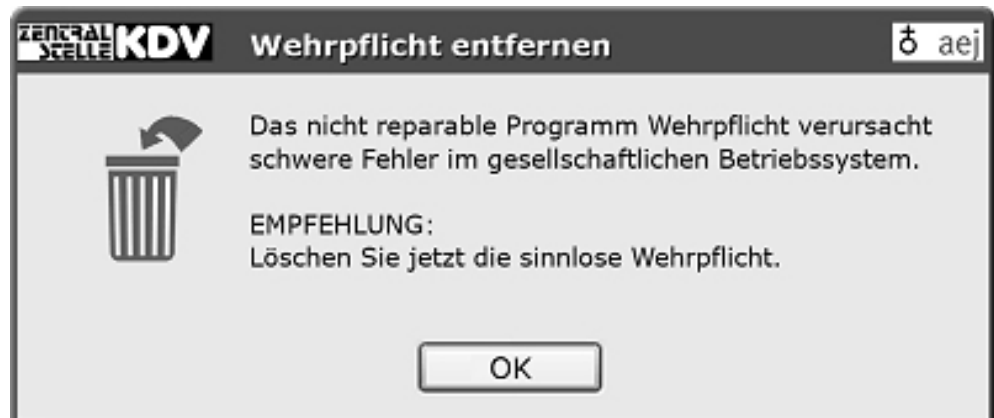
Bundestagsfraktion und Celler Wahlkreisabgeordnete Peter Struck verteidigte die Diätenerhöhung wie folgt: "Die Renten folgen den Tarifierhöhungen. Auch wir haben sechs Jahre mit Nullrunden hinter uns. Da ist eine Diätenerhöhung in dieser Höhe vertretbar." Was folgt daraus? Dass RentnerInnen zum 1. Januar mit 330 Euro mehr rechnen können und es ein Jahr später nochmal 329 Euro drauf gibt? Ach - doch nicht. Na dann viel Spaß mit dem Aufschlag, der jeweils über dem Regelsatz verheirateter Hartz-IV-EmpfängerInnen liegt.

## Habbo Knoch

Habbo Knoch wird ab dem 1. Januar 2008 neuer Leiter der Niedersächsischen Gedenkstättenstiftung mit Sitz in Celle. Der bisher als Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte tätige Historiker löst damit Wilfried Wiedemann ab. Der heute 38-jährige Knoch hatte 2001 mit "Die Tat als Bild" eine imposante Untersuchung zu "Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur" vorgelegt.

## ECE heißt jetzt Gedo

Nachdem die GEDO-Gruppe eine Planung für ein innerstädtisches Einkaufszentrum, eine so genannte Altstadt-Galerie, vorgelegt hat, geht die Diskussion in eine neue Runde. Selbstverständlich ist's wieder so, dass der alteingesessene Celler Einzelhandel, der als "Zentro"-Gruppe im vergangenen Jahr ein ECE verhindert hat, auch in dem Gedo-Projekt unliebsame



Konkurrenz sieht. Aufgehängt wird die Sache an der Größenordnung der Verkaufsfläche, die man gern verkleinern würde. Diesmal stehen die Chancen aber schlechter, denn Karstadt zeigt sich als Partner von Gedo. Karstadt kündigte an, das von ihr bisher genutzte Gelände zwischen Bergstraße und Südwall an Gedo abzugeben. Sollte das geplante Projekt realisiert werden, sollen Teile des heute am Nordwall befindliche Karstadt Hobby-Technik-Hauses in die Gedo Altstadt-Galerie umziehen. Vielleicht auch deshalb, will Gedo bisher keine konkreten Zusagen über die Integration eines Media/Saturn-Marktes machen. Die "Zentro"-Gruppe steht, nachdem Karstadt damit die Seite gewechselt hat, ziemlich nackt da. Bei der Kommunalpolitik zeichnet sich deshalb ein Eingehen auf die Projektplanungen von Gedo ab.

## **SPD will Gesamtschule**

Die SPD-Kreistagsfraktion bekundete im Oktober ihren Willen, im Kreistag die Gründung einer Gesamtschule in Celle zu beantragen. Hintergrund ist die Ankündigung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff das im Land bestehende Gesamtschul-"Verbot" in der nächsten Wahlperiode aufheben zu wollen.

## **Man Power**

Manchmal erhellt ein Foto viel über den Zustand der Gesellschaft. So geschehen, als im August Vertreter von Landkreisen, Städten und Wirtschaftsbetrieben aus der Lüneburger Heide zusammentrafen, um eine gemeinsame Tourismusgesellschaft zu gründen. Das Foto zum Ereignis zeigte 13 Männer und ... keine Frau. So ist's dann auch nicht wirklich witzig, dass man sich bei dem neuen Logo auf ein lila Dreieck mit der Aufschrift Lüneburger Heide einigte.

## **Mietspiegel unrealistisch**

Zu einem heftigen Wortgefecht kam es in der letzten Sitzung des Kreistags-Sozialausschusses zwischen dem Ersten

Kreisrat, Matthias Krüger, und dem BSG Abgeordneten Andreas Hauptmeyer. Letzter warf Krüger vor, bei den Kosten der Unterkunft auf dem Rücken der Hartz-IV-Leistungsempfänger zu "sparen". Der Landkreis schere sich nicht um die durchgängige Sozialgerichtsrechtsprechung. Dort, wo es keinen qualifizierten Mietspiegel gibt, soll - so das Landesozialgericht Niedersachsen - die Wohngeldtabelle als Richtlinie dienen. Und dass der Landkreis genau so einen Mietspiegel nicht hat und auch nicht in Auftrag geben will, gab Krüger offen zu. Man werte selbständig den örtlichen Mietspiegel aus. Genau das ist aber nach Auffassung Hauptmeyers nicht nur nicht ausreichend, sondern unterm Strich rechtswidrig. Seiner Auffassung nach müssen viele Leistungsbezieher aus ihrer Regelleistung, also dem Existenzminimum Zusatzzahlungen für Miete, Heizung oder Nebenkosten abzweigen. Das sei eine "böartige Verzerrung der Tatsachen", so Krüger. - Hauptmeyer stellte daraufhin eine umfangreiche Anfrage, mit der er geklärt haben will, wie vielen Leistungsbezieher nicht die vollen Kosten der Unterkunft erstattet werden. Und er will wissen, wie viele Sozialgerichtsverfahren der Landkreis in dieser Angelegenheit schon verloren hat. Denn Krüger griff in der Sitzung in die Trickkiste: "Wir haben kein einziges Verfahren vor dem Bundessozialgericht verloren." Das hat ungefähr die Qualität der Aussage eines vielfach vor Amtsgerichten verurteilten Diebes, der behauptet, noch nie vor einem Oberlandesgericht angeklagt worden zu sein.

## **Radikalisierte Linke bedroht Niedersachsen**

Schön wär's? Leider handelt es bei dieser Überschrift einer CDU-Pressemitteilung nur um den üblichen Beißreflex. Der niedersächsische CDU-Generalsekretär, Ulf Thiele, forderte SPD und Grüne auf, "sich von der Linkspartei abzugrenzen und damit die Verharmlosung der Kommunisten zu beenden". Hintergrund war die Celler

Veranstaltung der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Karl-Heinz Dellwo. Dieser habe die Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer als "Buße für die Nazi-Kaste" gerechtfertigt. Genau das hat er aber nicht getan, sondern - wie übrigens auch die Witwe Schleyers - darauf hingewiesen, dass der Staat ihn "geopfert" habe. Im Original lautet die Passage, die im Buch aus einer Kritik an der Entführung der Lufthansamaschine "Landshut" weiterentwickelt wird, so: "Schleyer ... stand zum Schluss einfach nur noch als Einzelperson da, die für das Große und Ganze in der BRD vernachlässigbar war. Schleyer ist geopfert worden. Sein Opfer war der Treueschwur der politischen und ökonomischen Klasse auf die BRD und auf das Nachkriegssystem. F.C. Delius hatte natürlich Recht, als er schrieb, dass das Ungeheuerliche am Bild des gefangenen Schleyer vielleicht ist, dass man zum ersten Mal in der BRD einen SS-Mann leiden sieht. Im Nachhinein hat er für die alte Nazi-Kaste und für die, die bedenkenlos mit ihr zusammenarbeiteten, gebüßt." Es ist also mitnichten eine "Rechtfertigung", sondern eine - wenn man so will - geschichtspolitische These.

## **Massive Schlamperei - oder mehr?**

Die Auftragsvergabe der Kreisverwaltung ist in einem internen Bericht des Rechnungsprüfungsamtes massiv kritisiert worden. Nachtragsaufträge, selbst im fünfstelligen Bereich, wurden vom Sachbearbeiter mündlich erteilt - ohne ausreichende Prüfung und Dokumentation. Am gravierendsten waren die Vorgänge bei den Bauarbeiten der Garßener Erich-Kästner-Schule, wo Nachträge teilweise zu einer Versechsfachung der Auftragssumme führten. Bei den Malerarbeiten etwa wurde ein Auftrag über 10.234,10€ erteilt und mit 64.223,84€ schlussgerechnet. Die Trockenbauarbeiten sollten nach Ausschreibung 78.539,11€ kosten, schlussgerechnet wurde mit 298.974,21€. Bei den Bodenbelags-

arbeiten verdoppelte sich das Ganze von 19.877,76€ auf 38.783,85€ usw. usw. Die Verwaltungsspitze rechtfertigte dies damit, dass erst bei der Entkernung massive Bauschäden aufgedeckt worden seien und die mündliche Erteilung der Folgeaufträge im Hinblick auf den Zeitdruck und die Aufrechterhaltung erfolgt sei. Eine öffentliche Behandlung der Prüfungsberichts im Finanzausschuss lehnte die CDU/FDP-Mehrheitsgruppe ab. Landrat Wiswe räumte gegenüber der CZ gravierende Mängel ein und meinte, mit verstärktem Controlling und anderen Maßnahmen hinreichend reagiert zu haben.

## **Kaminski und Petran**

Die Partei "Die Linke" tritt zur Landtagswahl am 28. Januar mit Lothar Kaminski für den Bereich 46 (Celle-Stadt und Hambühren) sowie Volker Petran für den Bereich 47 (Landkreis) an.

## **Gedenktafeln für Opfer des 8. April abgelehnt**

Die CDU/FDP-Vetreter lehnten in der letzten Kulturausschusssitzung den Antrag der Bündnisgrünen ab, zwei Gedenktafeln für die Opfer des Bombenangriffs vom 8. April 1945 in Neuenhäusen anzubringen. Die konservative Ratsmehrheit sah die Gefahr der räumlichen "Zerfaserung" des Gedenkens. Von der CDU ins Gespräch gebracht wurde erneut der Vorschlag einer Ausstellung mit Luftbilder, Filmaufnahmen, Dokumenten, Zeitzeugenberichten und "Fundstücken" der Gleisbauarbeiten des letzten Jahres. Die Verwaltung wurde beauftragt, einen geeigneten Ort für eine etwa ein halbes Jahr dauernde Ausstellung zu suchen.

## **Städtepartner Mazkeret-Batya**

Nachdem an dem Treffen von Delegationen aus allen Partnerstädten in Celle schon eine Delegation aus der israelischen Stadt Mazkeret-Batya teilgenommen hatte, wurde Celle jetzt vom dortigen Bürgermeister eine städtepart-

nerschaftliche Beziehung angeboten. Mazkeret-Batya unterhält schon eine Städtepartnerschaft mit dem französischen Meudon, das wiederum auch Partner von Celle ist. Mazkeret Batya hat eine Bevölkerung von rd. 8.600 Einwohnern und liegt 25 km von Tel Aviv und 30 km von Jerusalem entfernt.

## **Foltereien – ein Spaß für die ganze Familie**

Ein Mittelalter-Weihnachtsmarkt auf dem kleinen Plan soll dieses Jahr eine der Besonderheiten im Celler Christkindtaumel sein. Geworben wird dafür auch mit diesem Satz: "Ein besonderes Erlebnis für die ganze Familie stellen die an den Wochenenden stattfindenden 'Foltereien' der skurrilen 'Folterknechtereien' dar." Und für Szenen, die erst ab 6 Jahren freigegeben sind, müssen die Eltern den Kindern die Augen zuhalten, oder was?

## **Gruselstunde in Essel**

Am Volkstrauertag mussten die Neonazis mal wieder ihrer gefallenen "Helden" gedenken. Mit "Kameraden" u.a. aus Hildesheim machten sich einige Celler Faschisten auf zum Soldatenfriedhof Essel im Süden des Landkreises Soltau-Fallingb. Dort liegen gut 100 Wehrmachtssoldaten, die bei ihrem bescheuerten Versuch im Frühjahr 1945 noch die Alliierten aufhalten zu wollen ums Leben kamen. Da Essel eine Tradition als Nazi-Wallfahrtsort hat, war zwar Polizei vertreten, die aber scheinbar die sich dann abspielende Gruselstunde nicht verhindern wollte oder konnte. Mit Fackeln und Strammsteh-Ritualen wurde der letzte Bericht des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht verlesen, und gesungen wurde auch noch ("... wenn alle untreu werden" - schluchz). Gruselig. Eine Woche später, am Totensonntag, liefen dann noch die Kameraden von der HIAG ("Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit - Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS") auf, um ihrerseits einen Kranz abzulegen.

## **Neonazis vor Einweihungsfeier in Belsen festgenommen**

Die Störung der Einweihungsfeier des neuen Dokumentationszentrum an der Gedenkstätte Bergen-Belsen war offenbar das Ziel von drei Neonazis im Alter von 19 bis 29 Jahren, die von der Polizei der rechtsextremen Gewaltszene zugerechnet werden und am Vortag der Feier auf dem Gelände der Gedenkstätte aufgegriffen wurden. Bei der Durchsuchung der Neonazis aus Celle, Wathlingen und Ramlingen-Ehlershausen fand die Polizei "Spuckies" mit Werbung für die "Nationalen Sozialisten Niedersachsen". Einer der drei Männer ist einschlägig vorbestraft: Er hatte Rudolf-Heß-Plakate auf dem Jüdischen Friedhof und an der Synagoge in Celle geklebt. Die Männer wurden auf richterlichen Beschluss bis Ende der Gedenkfeier in Gewahrsam genommen, um antisemitische Straftaten anlässlich der Gedenkveranstaltung in Bergen-Belsen zu verhindern. Bei den Männern beschlagnahmt wurde auch eine CD der Neonazi-Band "Kommando Freisler", die vor Hassliedern gegen Juden strotzt. Zu populären Schlagermelodien singen die "Musiker", die sich nach dem berühmten Präsidenten des Nazi-"Volksgerichtshofs" benannten, extrem antisemitische Texte, so etwa in den Liedern "Judenschwein", "Im Wagen vor mir", "Das Giftgas" oder "In Belsen".

## **Nazitreffen in Garßen aufgelöst**

Mit Unterstützung der Polizei setzte der Wirt des "Garßener Hofes" Anfang November 30 Neonazis vor die Tür, die sich bei ihm versammelt hatten. Bei der Durchsuchung der aus den Heide, Lüneburg, Verden, Soltau-Fallingb., Stadthagen, Hannover, Salzwedel, Siegen und Celle kommenden Personen stellte die Polizei u.a. anderem einen Teleskopschlagstock und Pfefferspray sicher. Nur sieben der kontrollierten Personen waren noch nicht "polizeilich in Erscheinung" getreten. Entgegen

ihrer Ankündigung eine Spontandemonstration abzuhalten, verließen sie Neonazis Garßen nach der Auflösung ihres Treffens dann in verschiedene Richtungen.

## Hakenkreuzschmiererei in Winsen

Anfang November wurden in Winsen an drei Orten Hakenkreuze auf Gebäude und ein Auto gesprüht. Die Polizei ermittelte wegen Sachbeschädigung und der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen.

## Bührig ohne "Führer"-schein

Als Anfang November in Eschede im so genannten "Eschenschnack" das Thema Rechtsextremismus diskutiert wurde, hatte sich auch der NPD-Direktkandidat Dennis Bührig auf den Weg gemacht. Die Polizei stoppte ihn und fand einen ganz erstaunlichen Grund, den Neonazi-Kader an der Weiterfahrt nach Eschede zu hindern: Bührig fuhr ohne "Führer"-Schein.

## Struck für Verbotsverfahren

Der SPD-Wahlkreisabgeordnete und Chef der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck befürwortet eine Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahren. Es für die Bürger nicht hinnehmbar sei, dass mit seinen Steuergeldern "Verfassungsfeinde" finanziert würden. (Die NPD erhielt im Jahr 2006 aus staatlichen Mitteln rund 1,4 Millionen Euro.) - Bei den öffentlichen Spekulationen über mögliche Immobilienkäufe durch Vertreter der rechtsextremistischen Szene handele es sich - so Struck im Oktober gegenüber der CZ - um Versuche, die Preise nach oben zu treiben. Skeptisch äußerte sich dagegen der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion Jörg Bode (Hambühren). Frühere Verbote, etwa das der Wiking Jugend, hätten nichts gebracht, weil deren Anhänger sich ein-

fach anders organisiert hätten. Man könne zwar Parteien, aber nicht Gesinnungen verbieten. Deshalb müsse der Kampf gesellschafts- und bildungspolitisch geführt werden. (Ein cleverer Schachzug in dieser Richtung war fraglos die Auflösung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung durch die CDU/FDP-Landesregierung zum 31.12.2004, oder?)

## Verhalten mehr als 175.000 Stimmen zum NPD-Verbot ungehört?

Das Präsidium des Deutschen Bundestages zeigt sich bisher nicht bereit, Schreiben und Unterschriften entgegenzunehmen. 175.445

Bürgerinnen und Bürger aus allen Teilen des Landes unterzeichneten einen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, in dem diese aufgefordert werden, einen neuen Antrag zum Verbot der NPD in die Wege zu leiten. Initiator der von 26. Januar bis 9. November 2007 laufenden Kampagne "nonpd - NPD-Verbot jetzt!" war die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Mehr als bedauerlich ist nun, dass sich das Bundestagspräsidium weigert, den von so vielen Menschen geäußerten Willen in Form der Unterschriften entgegenzunehmen. Die Empfehlung von Bundestagspräsident Norbert Lammert in einem Brief vom 26. Oktober, sich an den Petitionsausschuss zu wenden, wurde am 8. November von diesem abschlägig beantwortet. Es heißt, dass die Obleute des Petitionsausschusses beschlossen haben, dass zunächst keine persönlichen Übergaben an Abgeordnete des Petitionsausschusses stattfinden sollen. Es wurde angeboten die Unterschriften

bei einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin des Ausschussdienstes des Petitionsausschusses abzugeben Als einen unglaublichen Affront bezeichnet Erstunterzeichnerin Esther Bejarano, Überlebende

von Auschwitz, das Verhalten des Bundestagspräsidiums und die Antwort des Petitionsausschusses.

"Es ist eine Unverschämtheit, den Willen von 175.000 Menschen in diesem Land derart abzutun, indem man der VVN-BdA anbietet, die Unterschriften bei der Poststelle am Hintereingang abzugeben. Ich frage mich, ob diesen Politikern klar ist, dass sie mit ihrem Verhalten genau denen in die Hände spielen, um deren Verbot es geht."

Auf einer Pressekonferenz am 30.11.2007 erklärte der Vorsitzende der VVN-BdA, Werner Pfennig, dass der Verband Druck machen werde, damit die Briefe mit den mehr als 175.000 Unterschriften ihre Adressaten erreichen

## Parteien gegen NPD

Die etablierten Parteien wollen, berichtete die CZ, ihr Verhalten gegenüber der NPD im kommenden Landtagswahlkampf absprechen. CDU und FDP liegen strategisch auf einem Kurs. "Wir werden uns auf Distanz halten, das ist klar," meinte etwa der CDU-Landtagsabgeordnete Langspecht. Und der FDP-Landtagsabgeordnete Jörg Bode verlautbarte: "Wichtig ist, dass wir der NPD keine Bühne bieten. Wir müssen sie ignorieren." - In der Regel kommt dabei ja raus, dass nicht nur die Neonazis, sondern auch das Problem "ignoriert" wird. Aber: Wenn damit gemeint wäre, keine Podiumsveranstaltungen zu machen, zu denen ggfs. auch NPD-Vertreter eingeladen werden, wäre es ja schon was. Und vielleicht verzichtet die CZ dann auch mal darauf, wie noch im letzten Kommunalwahlkampf den Neonazis eine Plattform für Stellungnahmen zu bieten.



**nonpd**  
**NPD-Verbot jetzt!**

# Bitte sagen Sie jetzt nichts!



So lautet der Titel einer aktuellen Kampagne der Roten Hilfe, bei der es um Aussageverweigerung und Verhörmethoden geht. In dem entsprechenden Flugblatt wird betont, dass dieses Thema vor Ort, also bei

uns, nicht als einmalige Kampagne durchgezogen werden soll, sondern dass das Thema permanent Bestandteil unserer politischen Arbeit sein muss.

"Jede fortschrittliche politische Bewegung, die gegen die herrschenden Zustände kämpft, wird über kurz oder lang mit den Repressionsorganen des Staates konfrontiert werden. Die kapitalistische Profitwirtschaft und die zwangsläufig daraus resultierenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse werden mit allen Mitteln verteidigt. Seit einigen Jahren nehmen wir - die Rote Hilfe - zur Kenntnis, dass viele Menschen schon bei der Polizei Aussagen machen, sei es weil sie ihre "Unschuld" beweisen wollen, sei es weil sie eingeschüchtert sind usw. Auch bei der Staatsanwaltschaft wird geredet, vor Gerichten Zeugenaussagen gemacht... Offensichtlich existiert kein Bewusstsein mehr darüber, was mit diesem Plaudern angerichtet wird." (aus Flugblatt der roten Hilfe)

Auch in Celle scheint dieses Bewusstsein abhanden gekommen zu sein. Die einfache Grundregel: "Vorladungen der Polizei brauchst Du nicht nachzukommen" wird entweder nicht geglaubt oder schlicht ignoriert. Wer es nicht glaubt, braucht bloß im Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetz nachzulesen, oder verinnerlicht sich den Satz aus dem bereits erwähnten Flugblatt: "Bei der Polizei braucht niemand Aussagen zu machen, noch musst du ihren Vorladungen Folge leisten." Einfach nicht hinzugehen ist doch wirklich das Einfachste, wer nicht zur Polizei geht, kommt gar nicht erst in die Situation, die Aussage zu verweigern. Komplizierter wird die Sache, wenn jemand bei irgendetwas (Demo, Kundgebung oder einfach nur Aufenthalt zur falschen Zeit am falschen Ort) direkt inkassiert wird oder eine Vorladung nicht von der Polizei, sondern von Staatsanwaltschaft oder Gericht bekommt. Im Prinzip gilt auch hier: Klappe halten! Wer nicht direkt inkassiert wird, sollte die Zeit nutzen, sich mit den Leuten aus seinem politischen Zusammenhang zu beraten und sich auch nicht scheuen, die Rote Hilfe oder eine fitte Anwältin / einen fitten Anwalt zu befragen.

Doch warum nichts sagen? Als BeschuldigteR liegt es ja fast auf der Hand. Erst nach Rücksprache mit der Anwältin / dem Anwalt lässt sich einigermaßen abschätzen, was die richtige Vorgehensweise ist. Vorher kann jede Äußerung gegen Dich oder Deine FreundInnen benutzt werden. Also, sagt Eure Personalien, und zwar NUR Eure Personalien, und sonst nichts, vor allem nichts zur Sache. Auch wenn Du nichts getan hast: was Dich entlastet, kann jemand anderen belasten. Hat von zwei Verdächtigen einer ein Alibi, bleibt der/die andere über...

Und warum nichts als Zeuge / Zeugin sagen? Auch wenn

Euch nichts vorgeworfen wird, Ihr wärt nicht die ersten, die als Zeuge / Zeugin kommen und als BeschuldigteR gehen. Alleine das sollte schon abschreckend genug sein. Aber auch sonst gibt es reichlich Gründe, mit der Polizei nicht zu plaudern. Alles, was sie von Euch erfahren, dient nicht nur der Aufklärung irgend eines "Falles", sondern es werden dabei auch immer Strukturen durchleuchtet: wer war mit wem wo, und warum. Wo wurde was besprochen, wer war noch dabei, etc. etc. Auch Dinge, über die Du nicht bescheid weißt oder wo Du nicht warst ergeben ein Bild von Dir und Deiner Gruppe. Außerdem wird durch jede Aussage und durch jeden Zeugen die Ermittlungsakte umfangreicher. Ein Vorfall, bei dem bis dahin die Ermittlungsbehörden im Dunkeln tappten, kann dann durchaus so interessant werden, dass es erst jetzt, letztlich durch Euer Zutun, zum Verfahren kommt. Wenn Ihr Redebedarf habt aufgrund einer Vorladung, dann redet mit den Leuten aus euren Gruppen und/oder anderen Betroffenen. Ihr sollt das gar nicht für Euch behalten, gemeinsam fühlen sich alle sicherer und es ist auch leichter ab zu schätzen, was von den Ermittlungen zu halten ist. Geht nicht zur Polizei, um "abzuchecken", um was es geht. Das geht nur nach hinten los, die Polizisten führen solche Gespräche (=Verhöre!) ständig, ihr hoffentlich nicht. Das heißt, sie sind Profis darin, es ist ihr Job. Also, lasst es einfach sein!

Viele Themen wären noch zu besprechen, wie Freiheitsentziehung, Hausdurchsuchung, Verhalten bei Staatsanwaltschaft und Gericht als BeschuldigteR oder Zeuge / Zeugin,.... Die Rote Hilfe bietet auf ihrer Internetseite [www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de) die Broschüre "Bitte sagen Sie nichts" zum Herunterladen an, da wird genauestens auf alle Themen eingegangen.

Uns ist schon klar, dass es leichter ist, über das Thema zu schreiben, als sich im entscheidenden Moment richtig zu verhalten. JedeR von uns ist dann aufgeregt, unsicher eventuell völlig ratlos und dann nerven vielleicht auch noch die Eltern. Umso wichtiger ist es, sich vorher mit dem Thema auseinander gesetzt zu haben. Einfacher wird ein klarer Umgang mit der Polizei auch nicht dadurch, dass Celle so ein Dorf ist, da sitzt dann schon mal ein Herr von der Celler Polizei auf den Treffen des Celler Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Und da wird dann auch gerne mal mit ihm geplaudert. Und dann soll man/frau nicht zu ihm gehen, wenn er zu einem Gespräch einlädt / vorlädt? Ja, genau so ist es! Nicht hingehen und am Besten das Plaudern auch unterlassen! Denn, machen wir uns nichts vor, er ist nun mal Polizist und alles, was er von "uns" (im weitesten Sinne) mitbekommt, rundet sein Bild von "uns" ab, ob richtig oder falsch. Und schwups, schon stehen Leute in der Liste "Links", nur weil sie zufällig wen vom Forum begrüßt haben und besagter Herr von der Polizei hat's gesehen!

Anna und Arthur halten das Maul - immer noch!!!

# Drei Euro von der Oma ... ... dann klappt's auch mit der Bildung?



"Um Kindern einkommensschwacher Familien den reibungslosen Start ins Schuljahr zu ermöglichen, sollen die Klassenlehrer Mittel zur Verfügung haben, um beobachtete Defizite bei Lernmaterialien ausgleichen zu können." Mit dieser Begründung hat die CDU-Fraktion im Stadtrat beantragt, die Schulbudgets "um

einen Betrag von 3,00 Euro pro Grundschulkind zu erhöhen." Mit diesem Witz reagiert die CDU auf einen offensichtlichen sozial- und bildungspolitischen Notstand. Die Tatsache nämlich, dass mit der Hartz-IV-Gesetzgebung in den Regelleistungen Kosten für die Schulbildung faktisch nicht vorgesehen sind. Selbstverständlich trägt die alte Schröder/Fischer-Regierung hierfür die Verantwortung, und selbstverständlich wäre die Merkel/Steinmeier-Regierung jetzt gefragt. Doch solange sich in Berlin nichts regt, dürfte man auf kommunaler Ebene schon eine halbwegs angemessene Auseinandersetzung mit dem Thema erwarten. Der von Frau Dr. Astrid Peters, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Celle, unterzeichnete Antrag beweist das Gegenteil.

Wir sind in der "revista 36" ausführlich auf die Problematik eingegangen. Deshalb hier nur in Kürze: In der alten Sozialhilfe gab es pauschalierte Zuschüsse zu Schulmaterialien. Das neue SGB II (Hartz IV) sieht dagegen hierfür im Regelsatz der Kinder statistisch 1,63 Euro pro Monat vor. Der tatsächliche Bedarf, wie er sich aus den Anforderungslisten zu Schuljahresbeginn ergibt, liegt zwischen 70 und 130 Euro allein zu Schuljahresbeginn. In Stadt und Landkreis Celle lebt fast jedes fünfte Kind unter Armutbedingungen, d.h.: Das Geld für Bildung muss im wahrsten Sinne des Wortes vom Munde abgespart werden.

Die SPD-Fraktionen in Stadtrat und Kreistag hatten Anträge zur Schaffung von Fonds für Schulmaterialien gestellt. Im Kreis sollten 75.000 Euro, in der Stadt 50.000 Euro hierfür zur Verfügung gestellt werden. Der Kreistag hat diesen Antrag mittlerweile in den Ausschüssen behandelt. Was hierbei zum Tragen kam, war eine maßlose Ignoranz seitens der konservativen Fraktionen und der Verwaltungsspitze. In der Stadt waren die Beratungen zum Redaktionsschluss

nicht abgeschlossen; der 3-Euro-Antrag der CDU aber weist die Richtung.

**Kreistag: "Dann versaufen und verprassen die Eltern alles." (Marquardt)**

Für die Verwaltungsspitze wies Kreisrat Matthias Krüger das Ansinnen der SPD-Fraktion mit folgender Argumentation zurück. Der Bund plane, seinen Anteil an den kommunalen Kosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) massiv zu kürzen. Der Landkreis Celle müsse deshalb trotz voraussichtlich weiter steigender Aufwendungen jährliche Ertragsverluste in Höhe von rd. 814.000 € (SGB II) bzw. von ca. 324.000 € (SGB XII), zusammen also von knapp 1,14 Mio. €, befürchten. Vor diesem Hintergrund sei es schlicht unverantwortlich, einen Lernmaterialfonds einzurichten und damit ohne jede rechtliche Verpflichtung eine Aufgabe zu übernehmen, die allein Bundessache sei. Spitzfindig war man weiter der Auffassung, dass ein solcher Fond "obendrein eine nachhaltige Lösung des Problems der Kinderarmut nicht befördern, sondern im Gegenteil letztlich sogar erschweren [würde], weil der Bund sich unter Hinweis auf freiwillige kommunale Beihilfen seiner eigenen Lösungsverantwortung entziehen könnte." Scheinheilig wurde ausgeführt, dass die erforderlichen Mittel nur über neue Schulden zu bestreiten wären und da dies die zukünftigen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten des Landkreises einschränke das Ganze "den Bildungschancen kommender Generationen zuwider" liefe.

Die Debatte innerhalb des Ausschusses wurde dann zwar weniger zynisch, aber nicht gerade kenntnisreich geführt. Für die CDU argumentierte Horst Reichel, man solle sich mit einer Resolution an Landtag und Bundestag wenden, die Verwaltung fürs kommende Frühjahr mit einer Bedarfsanalyse beauftragen und einen Appell an die Schulgemeinschaften richten, die Härtefälle mit ihren Mittel zu lösen. Daneben waren die üblichen Ressentiments aus dem CDU-Lager zu hören: Das Geld sei im Regelsatz vorhanden, die Eltern seien schlampig, es fehle ein gewissenhafter Umgang etc. - Nun waren auch Sozialdemokraten und Grüne nicht gerade gut vorbereitet in die Sitzung gegangen: Das Wissen um die Leistungen des Sozialgesetzbuch II (sprich "Hartz IV") ging gegen Null, die Kosten der Lehrmaterialien wurden auf Grundlage eigener Ausgaben geschätzt. Und es gab nicht mal im Ansatz eine Kritik an der Verwaltung, die genau hierzu keine Informationen lieferte. Und so kam es, dass die konservative Seite behaupten konnte, 11 Prozent des Regelsatzes seien für Schulmaterialien vorgesehen. Und wenn Georgia Langhans dem widersprach, ließ man einfach



Meinung gegen Meinung stehen, obwohl es um Fakten geht. (Nämlich, dass im "fiktiven Warenkorb" statistisch nur 1,63 Euro pro Monat vorgesehen sind - und davon sollen dann nach Auffassung einiger CDU-"Experten" die "gewissenhaften" Eltern 100 Euro für den Schuljahresbeginn ansparen.)

Und auch nachdem Kreisrat Krüger sich bequemte, die Zahl der betroffenen Kinder auf gut 4300 zu beziffern, tat man in den Reihen der CDU weiterhin so, als ließe sich das schulintern über "Härtefallregelungen" lösen. Aber wen wundert's, wenn die antragstellende SPD zwar - mit Recht - die Notwendigkeit gleicher Bildungschancen ins Feld führt, aber aus ihrem Bemühen scheinbar keinen Rechtsanspruch hergeleitet sehen will. Denn dann entfielen bei 75.000 Euro gerade mal 17,50 Euro auf jeden antragsberechtigten Schüler.

Ressentimentgeladenes Stammtischgerede gab's dann als Draufgabe im Sozialausschuss. Kreistagsmitglied Wolfgang Marquardt wird in der Celleschen Zeitung mit seinen "Erfahrungen" zitiert. Als Taxiunternehmer müsse er erleben, dass er nachts angerufen werde, wenn bei den Betroffenen das Hartz-IV-Geld auf dem Konto angekommen sei. "Dann verkaufen und verprassen die Eltern alles", wird das Mitglied der Wählergemeinschaft zitiert.

### Hohe Fallzahlen - Erheblicher Personalaufwand, deshalb: Finger weg!

In den Beratungen des Stadtrats ging es ähnlich zu. Die Vorlage der Verwaltungsspitze ging zwar inhaltlich auf das Problem ein, dies aber ohne es lösen zu wollen. Wenig hilfreich ist eine Anmerkung, dass im Regelsatz für "Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Ausleihgebühren, Schreibwaren, Zeichenmaterialien, Spielzeug usw." die Altersgruppe bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres insgesamt 23,68 Euro als Anteil ausgewiesen seien. Tatsächlich ist es so, dass - wie Horst-Peter Ludwigs, Sprecher der Landesarmutskonferenz in einer Stellungnahme dargelegt hat -, keine signifikanten Anteile für Schulmaterialien vorgesehen sind. Mit einem Vergleich des Gehalts von Arbeitnehmern unterer Lohngruppen und Hartz-IV-Beziehern wird zudem suggeriert, es bestünde k e i n Einkommensunterschied und - so soll man wohl schlussfolgern - auch deshalb auch kein "Sonder"-Bedarf. Angeführt wird z.B. ein verheirateter Straßenbauarbeiter mit drei Kindern, der mit 1934,41 Euro Nettoeinkommen weniger habe als eine vergleichbare Hartz-IV-Familie, die auf 1970,70 Euro komme. Es bleibt vollkommen schleierhaft, wie die Verwaltungsspitze auf die 1970,70 Euro kommt. Im

günstigen Fall kommt eine SGB II-Familie in Celle einschließlich der Warmmiete auf rund 1400 Euro. Insgesamt ist die Darstellung schlicht unseriös, da es im Rahmen der Gesetzgebung keinen einzigen Fall geben kann, in dem Erwerbstätige unter in Anspruchnahme von Wohngeld oder ergänzendem ALG II ein geringeres Einkommen haben als Leistungsbezieher nach dem SGB II.

Das Fazit der Verwaltungsspitze: "Die im SPD-Antrag vorgeschlagene Bearbeitungsweise (Vorlage von Rechnungen und Quittungen) würde angesichts der hohen Fallzahlen einen erheblichen Personalaufwand verursachen, zumal der weitaus größte Anteil (816 Kinder und Jugendliche) Leistungen von der Bundesagentur für Arbeit bezieht und der Verwaltung insoweit nicht bekannt ist. Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die den Schulen im Budget zur Verfügung gestellte Pauschale für Unterrichtshilfen entsprechend aufzustocken und die Verteilung vor Ort zu regeln."

In der Stadt gibt es - so die Darstellung der Verwaltungsspitze - in der Altersgruppe zwischen 6 - 10 Jahren 816 betroffene Kinder, in der Altersgruppe zwischen 11 und 16 Jahren erhalten 873 Kinder und Jugendliche Leistungen nach dem SGB II. Der damit einhergehenden strukturellen Armut ist mit Härtefall-Regelungen oder "3-Euro-Spardosen"-Geschenken nicht beizukommen.

So hat man in den kommunalen Gremien mal wieder mehr oder weniger betroffen über die "Armut im Lande", die überdurchschnittliche Zahl der Schulabbrecher im Landkreis, das unterdurchschnittliche Niveau der Abschlüsse ausgetauscht - aber das war's dann.

Die Anträge der SPD werden abgelehnt. Im Frühjahr geht's im Kreistag in eine neue Runde, und vorher soll der Bundestag mit einer Resolution um Übernahme der Verantwortung ersucht werden.



# Aktionen gegen NPD-Stände in Soltau-Fallingbostel

Mitte November fanden in Walsrode und Bad Fallingbostel sogenannte Info-Stände der NPD zur bevorstehenden Landtagswahl statt. Es formierte sich Widerstand, der zu einem frühzeitigen Abbruch der Nazi-Aktivitäten führte. Wir fragten H-D Charly Braun, DGB-Regions- und ver.di-Bezirksvorstandsmitglied, zu den Aktionen



## Wie habt ihr von den Ständen erfahren?

Am 14.11.07 abends erreichte mich ein Anruf, von jemand, der es wissen muss, dass die NPD drei Tage lang, vom 15. - 17.11.07 Infostände für einen bestimmten Ort in Walsrodes Innenstadt angemeldet habe.

## Was habt ihr unternommen?

Wir haben per Telefonkette und mail viele AntifaschistInnen aus diversen Initiativen, Parteien Gewerkschaften informiert. Am 15.11. morgens konnten ganz wenige von SPD, Grünen, DGB vor Ort sein. Es kamen kaum Passanten vorbei, denen die NPD Propaganda geben konnte. Wir sprachen die Wenigen erfolgreich auf die Nazis direkt an. Einige Schüler stritten fortwährend mit den Nazis über deren Rassismus. Am frühen Mittag baute die NPD den Stand bereits ab. Dank guter Kontakte erfuhren wir dann noch, dass die NPD am Freitag erst in Bad Fallingbostel und dann in Walsrode, am Samstag 17.11. in beiden Städten Stände aufstellen wollten.

## Habt ihr dann Aktionen angemeldet ?

SPD, Grüne und DGB haben für Samstag Infostände direkt neben der NPD angemeldet und der DGB meldete eine Kundgebung an.

## Gab es Probleme oder Unterstützung durch die Stadt?

Unsere Vorhaben wurden sofort genehmigt, nur die Kundgebung musste 30 Meter - nicht mehr - von der NPD entfernt sein.

## Und was habt ihr am Freitag gemacht?

Da haben unsere jungen AntifaschistInnen eine schöne Aktion vorbereitet. Die Jugendlichen verließen am Freitag Schule oder Arbeitsplatz. Zwei auf brav gestylte "Mädels" ließen sich morgens in Bad Fallingbostel vom NPD-Bundesvorstandsmitglied Peter Marx gleich alles Propagandazeugs als Klassensatz geben. Er schwärmte schon von einer neuen Nazi-Jugendgruppe. Dann kamen weitere junge AntifaschistInnen mit einem Müllsack und der Aufschrift "brauner Dreck".

Demonstrativ wurde die Nazi-Propaganda da hinein ent-

sorgt. Alle Passanten, die Nazizeugs in die Hand bekamen, wurden angesprochen und bis auf zwei, warfen alle das Zeugs in den Müllsack.

Die acht NPDler stießen zwar Drohungen aus, bauten ihren Stand aber sehr früh wieder ab. Als die Nazis sich nachmittags wieder in Walsrode versuchten, standen soviel Antifa-Jugendliche und andere vom Bündnis um die jetzt auf zwölf verstärkten Nazis rum, so dass sie alsbald aufgaben. Ihr zweifelhafter Versuch anschließend Unterschriften für die Landtagskandidatur auf einem Supermarktparkplatz in Bad Fallingbostel zu sammeln endete auch kläglich. SPDler holten den Marktleiter, der die Kameraden schnell vertrieb.

## Das war ja noch nicht das Ende?

Am Samstag spazierte eine Nazi-Kleingruppe vorsichtig in Bad Fallingbostel umher. AntifaschistInnen und GewerkschafterInnen blieben ihnen auf der Spur. Mit den Ständen von SPD, Grünen und DGB wurde Telefonkontakt gehalten. Insgesamt beteiligten sich 80 Menschen an den Samstags-Aktionen. Die neue Mülltonne der Grünen blieb ungenutzt, denn die Nazis blieben weg. Stattdessen wurden Kaffee ausgeschenkt und Antifa-Zeitungen verteilt.

## Wer war an den NPD-Ständen?

Die NPD-Landtagskandidaten Stefan Klingbeil und Matthias Behrens mit weiteren von ihrer Kameradschaft "Snevern-Jungs". Nicht ungeschickt versuchte Oliver Adam aus Rotenburg zu diskutieren. Am Freitag war Peter Marx, der im Landtag in Meck-Pom sitzt dabei sowie ein paar bekannte Gesichter aus dem Kreis Verden.

## Waren eure Aktionen im Bündnis abgesprochen ?

Ja, soweit das in der Kürze der Zeit möglich war.

## Angesichts der Anwesenheit von Nazis, die auch gewaltbereit sein können, hattet ihr Angst?

Nein, bei öffentlichen Wahlkampfauftritten, können sich die Nazis vorübergehend auch mal zurückhalten. Was hätten sie außer drohen tun können. Entschlossenes gemeinsames Handeln bringt sie in die Defensive.

## Wertet Ihr die Aktion als Erfolg?

Ja, das war ein Drei-Tage-Erfolg. Nicht mehr und nicht weniger. Dieses Ereignis hat erhöhte Wachsamkeit erzeugt.

## Go away

Der in Celle seit Jahren als extrem rechtslastig bekannte Frank Pillibeit mußte die CDU verlassen. Der Celler geschäftsführende Vorstand des CDU Kreisverbandes setzte ihm das Messer auf die Brust und forderte ihm zum Parteiaustritt auf ansonsten drohe ein Ausschlussverfahren. Die Junge Union verfuhr ähnlich und bat Pillibeit die Organisation zu verlassen. Pillibeit, bis dato CDU-Stadtratsmitglied, Vorsitzender des CDU-Ortsverband Altencelle und 2. stellvertretender Ortsbürgermeister von Altencelle, hat laut Cellesche Zeitung vom 29.11.2007 seinen Austritt erklärt.

Ausschlaggebend für Pillibeits Rücktritt war die überregionale Berichterstattung der taz, die unter Bezugnahme auf Pillibeits Internetseite seinen Feldzug gegen Obdachlose kritisierte. Auf seiner Internetseite attackierte er unter der Überschrift "Frank Pillibeit geht gegen aggressive Penner vor" eine der gesellschaftlich schwächsten Gruppe mit den fast schon verächtlichen Worten: "(wie müssen) endlich dafür sorgen, dass auf unseren Straßen wieder Sauberkeit und Ordnung herrscht. Es kann nicht sein, dass alkoholisierte Penner Passanten und Touristen anpöbeln und belästigen". Den Grünen unterstellte er sich "nur für sog. Minderheiten einzusetzen, nach dem Motto: Je asozialer und krimineller umso mehr staatliche Förderung". Als sein Motto gab er den Ausspruch des ehemaligen Bundesvorsitzenden der Republikaner Franz Schönhuber an: "Andere Völker achten wir unser Vaterland Deutschland aber lieben wir". Als ob das noch nicht reichen würde, veröffentlichte Pillibeit auf seiner Seite ein Foto von sich und den Östreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider und versprach, diesem bei der nächsten Landtagswahl zu helfen. Das Gespräch mit Haider fand bei der rechtslastigen Wahlinitiative Bremen muss leben statt. Diese Wählerinitiative ist ein Landesverband des Vereins "Die Deutschen Konservativen". Der Begriff Konservativ ist allerdings irreführend, ist doch der Vorsitzende Joachim Siegerist bereit wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt worden. Siegerist hatte in einem Schreiben "Zigeuner" als "durchweg ein übles, kriminelles Pack" bezeichnet, das sich "bei uns aufführt wie von Nazis verfolgte Juden", die "rauben, stehlen, betrügen, erpressen und bedrohen".

Auf den Internetseiten der "Business-Community" XING gab Pillibeit unter dem Punkt "Organisationen" neben der CDU und der Jungen Union auch die Deutschen Konservativen an. So liegt der Verdacht nahe, dass er nicht nur eine Veranstaltung dieses Vereins besucht hat, sondern dort auch anderweitig aktiv ist.

Im Zuge der Berichterstattung veröffentlichte die CZ mehrere Diskussionsbeiträge, die unter den Namen Pillibeit im Webprojekt der CDU-nahen Jungen Union Celle "du-bist-celle.de" veröffentlicht wurden. Da heißt es u.a.: "Es hat Polen wohl nicht gereicht, dass sie uns nach dem 2. Weltkrieg 25%

des deutschen Staatsgebiets gestohlen haben" und "wenn der Staat nicht soviel Geld" für "kriminelle Ausländer ausgeben würde, hätten wir genug Geld" um Arbeitsplätze zu schaffen. Nach der Veröffentlichung in der CZ behauptet Pillibeit, dass die jemand anderes unter seinen Namen veröffentlicht hat. Sehr glaubwürdig klingt das nicht.



**Frank Pillibeit beim Treffen der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR) im Oktober 1993 in Celle**

Weiter wurde bekannt, dass Pillibeit seine Internetseite ausgereicht bei einem bundesweit bekannten Rechtsextremist, nämlich Manfred Rouhs, gehostet hat. Rouhs ist derzeit Bundesvorsitzender der rechten Gruppierung Pro Deutschland und war zuvor bei der NPD und den REPs. Hinzu kommen noch einige Altlasten, die Pillibeit mit sich rumschleppt. Schon 1996 beklagte er in einem Leserbrief der Celleschen Zeitung, dass der SS-Kriegsverbrecher Erich Priebke noch immer juristisch verfolgt würde. Im Jahr 1998 nahm er an der Wahlkampfveranstaltung der Republikaner mit dem REP-Bundesvorsitzender Rolf Schlierer am 13.02.1998 in Hannover teil und ein Jahr später stieg er am Celler Bahnhof in dem Bus ein, der zu einer Veranstaltung der Deutschen Volksunion (DVU) fuhr. 2003 unterzeichnete er einen Solidaritätsaufruf für das wegen antisemitischer Äußerungen aus der CDU geworfene ehemalige Bundestagsmitglied Martin Hohmann.

Das alles und die negative Berichterstattung kurz vor der Landtagswahl schien der örtlichen CDU wohl zu viel zu sein und so zog sie die Notbremse, wer weiß was sonst noch bekannt geworden wäre. Auch die Junge Union rudert zurück. Zuerst entfernte sie lediglich die erwähnten Diskussionsbeiträge schaltete aber kurze Zeit später ihr Internetforum gänzlich ab.

Besser ist das, denn zumindestens mit dem ehemaligen Vorsitzender der Celle Schülerunion Marco Reese war dort ein weiterer Diskussionsteilnehmer mit rechtsextremistischen Bezügen aktiv. Reese ist erst im Mai diesen Jahres als Autor in dem rechtsextremen Theorieorgan Nation und Europa als Autor in Erscheinung getreten und auch in der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit ist er bereits als Autor (37/2005) und Leserbriefschreiber (Nr. 23/2007) aufgefallen.

DK

# Berliner Compagnie – Das Blaue Wunder



Die Theatergruppe "Berliner Compagnie" - gemeinsam von Attac, Weltladen, GEW, ev. Kir-chenkreis, ver.di, Heimvolkshochschule Hustedt und amnesty international nach Celle geholt - begeisterte im gut besetzten Forum des S c h u l z e n t r u m s

Burgstraße das Publikum mit der Aufführung ihres Stückes "Das Blaue Wunder".

Es handelt von der Privatisierung des Wassers, die den Investoren enorme Gewinne beschert. Hat der Verbraucher den Versprechungen geglaubt, private Unternehmen würden besser arbeiten als öffentliche Betriebe, so erlebt er bald sein "blaues Wunder", in Form schlechterer Qualität und höherer Preise. In Cochabamba / Bolivien, das im Zentrum des Stückes steht, erreichte die aufgebrachte Bevölkerung in dem sog. "Wasserkrieg", dass die Privatisierung rückgängig gemacht wurde. Doch an vielen anderen Stellen versucht die unheilvolle Allianz von Konzernen und Politik weiterhin, oft mit Erfolg, die Privatisierung voranzutreiben (Beispiel im Stück: Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe).

So handelt es sich bei dem "Blauen Wunder" um ein Lehrstück, das auch zum Widerstand auffordern will. Das geschieht jedoch nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern in höchst unterhaltsamer Weise, mit den Mitteln der Groteske, mit Songs, schnellen Szenenwechseln, Situationskomik. Die Schauplätze der Handlung und Treffpunkte der Wassermafia sind cartoonartig bebildert und haben gemeinsam, dass die Gangster dort vor Demonstrationen geschützt sind: die Kanalisation von Paris (natürlich auch privatisiert), die geschlossene Abteilung einer psychiatrischen Klinik in Berlin, das Herz-Jesu-Hotel in der Christusstatue hoch über Cochabamba, die Wüste und der Gefängnishof. Dort, übrigens, wo sich die Gangster am Schluss treffen, beginnen sie zu zweifeln, ob das Gefängnis wirklich noch Vivendi gehört, einem von ihnen, oder, siehe Cochabamba, "rekommunalisiert" wurde, so dass sie eingesperrt bleiben. Denn: Privatisierung ist aufhaltsam, so steht es im Untertitel des Stückes.

Die vier Schauspieler stellten professionell, mit Witz, Wandlungsfähigkeit und großer Spielfreude die vier Gangster und zahlreiche andere Personen dar, vom Demonstranten über den Erzbischof bis zur Berliner Finanzsenatorin. So gelang es, Information und Appell mit Unterhaltung und Vergnügen zu verbinden. Das Publikum dankte mit anhaltendem Beifall.

Werner Langhans

# "Jud Süß" – Geschichte(n) einer Figur

Im Zentrum der Wanderausstellung, die vom 11.1. - 2.3.2008 in der Celler Synagoge zu sehen ist, steht der historische "Jud Süß": Joseph Süß Oppenheimer, ein "Hofjude" am Württembergischen Hof des frühen 18. Jahrhunderts, der in die deutsch-jüdische Geschichte eingegangen und bis heute äußerst umstritten ist. Joseph Süß Oppenheimer wurde zur historischen Figur "Jud Süß". Eine Figur, die bereits zu Oppenheimers Lebzeiten antijüdisch gezeichnet wurde, ihre antisemitische Prägung aber vor allem durch Veit Harlans Film "Jud Süß" (1940) erhielt. Bis heute ist "Jud Süß" ein Begriff und bietet immer wieder Anlass für Auseinandersetzungen.

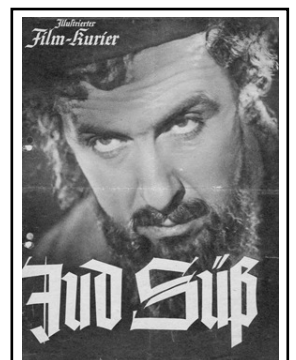
Die Ausstellung präsentiert in vier Abschnitten die Biographie, die literarische Rezeption des "Jud Süß"-Themas bei Wilhelm Hauff und Lion Feuchtwanger, die propagandistische Deutung des Stoffes in der nationalsozialistischen Zeit und die gesellschaftlichen Konflikte um die Figur nach 1945. Die Text- und Bildtafeln der Ausstellung werden durch Filmausschnitte, eine Hörstation und einen Büchertisch ergänzt.

Die Wanderausstellung wurde von einer Gruppe junger Göttinger Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen konzipiert und in Zusammenarbeit mit der St. Jacobi Gemeinde Göttingen und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Göttingen e.V. erarbeitet.

Im Rahmenprogramm gibt es am Donnerstag, 10.1.2008, um 19:00 Uhr, den Eröffnungsvortrag von Miriam Hesse (Braunschweig) und am Donnerstag, 24.1.2008, 19:00 Uhr einen Vortrag von Gudrun Emberger (Gotha) zum Thema "Eine unheilvolle Beziehung: Joseph Süß Oppenheimer und Württemberg".

Mehr zur Ausstellung unter:

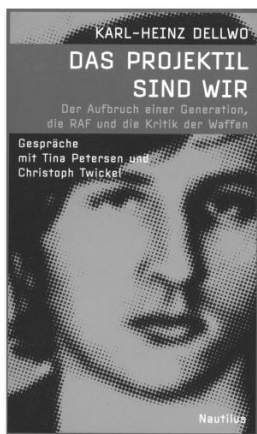
<http://www.jsoppenheimer-ausstellung.de/>



**Filmprogramm  
"Illustrierter Film-  
Kurier" zum  
antisemitischen  
Propagandafilm der  
Nationalsozialisten**

Karl-Heinz Dellwo beim Celler Rosa Luxemburg Club

## "Das Projektil sind wir"



Einen dissonanten Kontrapunkt im Medienspektakel zum Thema "30 Jahre Deutscher Herbst" hat Karl-Heinz Dellwo mit seinem Buch "Das Projektil sind wir" gesetzt. Mitte November war das ehemalige Mitglied der RAF zu einer Lesung und Diskussion im mitveranstaltenden Kino achteinhalb. Rund 60 BesucherInnen folgten dem Autor bei der Schilderung seines Wegs in die RAF als Teil des "Aufbruchs einer Generation" sowie seinen Gedanken zum Scheitern der Stadtguerilla.

Dellwo war 1975 an der Stockholmer Botschaftsbesetzung des "Kommando Holger Meins" zur Freipressung der RAF-Gefangenen beteiligt und wurde wegen der gemeinschaftlichen Ermordung zweier Botschaftsangehöriger zu zweimal lebenslänglicher Haft verurteilt. Das beim Nautilus-Verlag erschienene Buch basiert auf einem von Christoph Twickel und Tina Petersen geführten Interview. In fünf Kapitel gegliedert, äußert sich Dellwo zu seiner Kindheit und Jugend im postfaschistischen Deutschland, zu seiner Politisierung im Hamburg der frühen 1970er Jahre, zu seinem Weg in die RAF und zur Stockholmer Botschaftsbesetzung, dem Kampf gegen die Isolationshaftbedingungen und der RAF in den 1980er Jahren sowie schließlich zur Spaltung der Gefangenengruppe im Jahr 1993.

In Celle las er insbesondere Passagen, die einen Einblick in die späten 1960er und frühen 1970er Jahre gaben, und mit denen er eine seiner zentralen Thesen belegte: Die Stadtguerilla ist nicht vom Himmel gefallen in eine intakte Gesellschaft, sondern in einer mit gravierenden sozialen Unterschieden entstanden, und in der Eliten den Ton angaben, die ihre Nazi-Karrieren fast bruchlos in der BRD fortsetzen konnten. Heute wird an einem Konsens gearbeitet, den Bundestagsvizepräsident Lammert zuletzt in den Satz fasste: "Diesen Staat zu hassen, gab es keinen Anlass, und es gab kein Recht, ihn gewaltsam zu bekämpfen." Dellwo setzt dagegen: Im Kontext aus der internationalen Revolte hatte die RAF ihre Plausibilität.

Mit der äußerst lebendige Schilderung seines Aufwachsens in der Provinz und der immer prekären Situation einer Außenseiterfamilie mit sechs Kindern widerspricht er auch dem zuletzt gern gepflegten Stereotyp von den Mitgliedern der RAF als "entlaufene Kinder der Bourgeoisie":

"Gekämpft wurde nicht, weil es 'Wohlstandskinder' waren; gekämpft wurde, weil es eine Aufhebungsvorstellung gab, [...] angetrieben von dem Wissen, dass es jenseits der Wirtschaftsidiotie einen solidarischen und kollektiven Sinn im Leben geben muss." Die späten 1960er Jahre hatten auch in der proletarischen Jugend eine Hoffnung auf ein "besseres Leben" keimen lassen, und subkulturell gewendet vielleicht auch auf ein "anderes Leben". Aber selbst diese Hoffnung musste, wie Dellwo im Buch mit vielen Beispielen belegt, revoltierend gegen Lehrer und Chefs behauptet werden. Der Anlass für die Flucht nach Hamburg ist so gesehen typisch: "In der Nähe von Kehl habe ich dann sechs Wochen als Ausfahrer für eine Großbäckerei gearbeitet. Dann sagte der Chef zu mir, er würde mich fest anstellen, aber ich müsste mir die Haare schneiden lassen, das passe nicht zum Betrieb. Da bin ich sofort gegangen und mit dem Zug nach Hamburg gefahren."

Seine in Hamburg beginnende politische Suchbewegung mündete zunächst in der Besetzung eines Häuserblocks in der Ekhoffstraße im Jahr 1973: "In der Besetzung eines Hauses warfen wir die Eigentumsfrage auf, die ja in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Klasse die entscheidende ist. Es ging darum, einen Raum zu besetzen." Nach der brutalen Räumung saß Dellwo anschließend fast ein Jahr im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis; die Falschaussage eines Polizeibeamten ließ am Ende ein entsprechendes Urteil daraus werden. Mit dieser "Erfahrung" im Rücken arbeitete er im Komitee gegen Isolationsfolter. Den Tod von Holger Meins im Hungerstreik 1974 beschleunigte für viele aus diesem Zusammenhang die Entscheidung für den Weg in die Illegalität: "Der Tod von Holger Meins war eine herrische Geste. Sie haben einen von uns geköpft und den Kopf dann hochgehalten."

Zur Stockholmer Aktion hat sich Karl-Heinz Dellwo schon in der Haft kritisch positioniert. In Celle las er hierzu eine Passage aus dem Prolog des Buches: "Ich bedauere seit langer Zeit den Tod der Botschaftsangehörigen und meine Verantwortlichkeit dafür. In der Geisellerschießung äußert sich eine abzulehnende, völlige Verdinglichung des Menschen. Keine Gegengesellschaft kann so aufgebaut werden." Von hier aus kritisiert er auch die Landshut-Entführung als "terroristische Aktion". Die RAF sei eine plausible Antwort auf den sich in Vietnam zeigenden Kriegsimperialismus gewesen, aber: "Für die Zeit danach fehlte eine überzeugende politische Strategie." Sein Vorwurf an die RAF als "Attentatsorganisation" lautet deshalb, im Militärischen die Effizienz gesucht zu haben, "die man im Politischen offensichtlich nicht finden konnte."

Ausführlicher als in den Medienstatements der letzten Wochen legt Dellwo im Buch seine Thesen zum Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe als Selbstmord unter staatlicher Kontrolle dar: "Seit Jahren schon drehte sich alles um die Befreiung der Gefangenen. Von uns waren einige dafür gestorben, andere sind ins Gefängnis gekommen oder haben andere Folgen auf sich genommen. Wir hatten mehrere Opfer zu verantworten, zum Schluss ist die ganze Moral der RAF gekippt - und bei allem stand ihre Befreiung im Mittelpunkt. Da haben sie mit ihrem Tod auch einfach eine Grenze gesetzt. [...] Die Botschaft war: Unseretwegen jetzt nichts mehr. Beendet es oder findet einen Inhalt für euch! In der Inszenierung ihres Todes ist ja vieles enthalten: Der letzte Tritt gegen die Macht, von der sie sich völlig befreit sahen. Ein Aufscheinen der alten Moral - >das Projektil sind wir<."

Was an Karl-Heinz Dellwo in der Celler Lesung und der sich anschließenden Diskussion viele der BesucherInnen beeindruckte, war die Tiefe der Reflexion über die Gründe des

Aufbruchs und jene des Scheiterns. Und auch wenn er aktuell - trotz der sich verschärfenden sozialen Konflikte - kaum Chancen für eine erfolgreiche Aufhebungsbewegung sehen mochte, schwang in all seinen Schilderungen ein ungebrochen rebellischer Ton mit: "Mit dem Leben wird die Revolte bleiben" lautet der letzte Satz des Buch-Prologs.

Karl-Heinz Dellwo: Das Projektil sind wir. Der Aufbruch einer Generation, die RAF und die Kritik der Waffen. Gespräch mit Tina Petersen und Christoph Twickel. Hamburg (Edition Nautilus) 2007. 223 Seiten. ISBN 978-3-89401-556-5. 14,90 Euro.

Wer lieber was hört, als Bücher liest: Das Hamburger Radio Freies Sender Kombinat hat am Anfang August eine Sendung mit Dellwo produziert, die sich downloaden lässt unter <http://www.freie-radios.net/mp3/20070801-quotnachd-18249.ogg> (und folgende); ein WDR-Gespräch gemeinsam mit Gabriele Rollnik vom Frühjahr findet sich unter [http://www.kino-achteinhalb.de/fileadmin/achteinhalb/fhg\\_070315.mp3](http://www.kino-achteinhalb.de/fileadmin/achteinhalb/fhg_070315.mp3)

## Die Beschissenheit der Dinge

liebliches für'n Gabentisch



Die Literaturkritik kennt den Begriff des Schelmenromans; relativ weit links davon muss der 2007 erschienene zweite (2006: "Problemski Hotel") Roman "Die Beschissenheit der Dinge" des 35-jährigen Belgiers Dimitri Verhulst angesiedelt werden. Die Geschichte hat zahlreiche autobiographische Züge, wie Verhulst bekennt:

"Dat kleene Dimitieken" wächst bei Vater und Großmutter auf und teilt sich die "versifftene Schlafkammer in der vollgeschissene

Unterhosen und überquellende Aschenbecher herumfliegen" mit seinen Onkeln als Quasi-Brüder, weil seine Mutter ("die olle Hure") auf und davon ist.

Eine rudimentäre Familie, und alle gekennzeichnet durch krasseste Armut und körperliche Gebrechen infolge ernsthaftester Trinkerei („älter als 60 zu werden, wurde bei uns schon als Anmaßung betrachtet...“) fristet also in einem kleinen belgischen Dörflein ein Alltagsleben ohne Sensationen, ein Dasein in dem der Gerichtsvollzieher Stammgast ist. Nieselregen und Taubensport sind die einzigen Attraktionen; -ertragen wird alles mit einem geradezu sub-proletarischem Stolz auf die umfassende Ausgegrenztheit.

Einer der frühen Höhepunkte ist ein Wettsaufen besondere Art: die Kombattanten simulieren eine Tour de France in Sachen Alkoholvernichtung: in einem (natürlich - wir sind in

Belgien!) Wohnwagen der Nachbarschaft findet das Event statt: Prolog - ein kurzes Teilstück: 30 kleine Pils; am nächsten Tag die ersten Sprintprüfungen- ein paar Kurze nach Pils 15, und am 18 Pils lässt Bruder Potrel das Feld mit einem überraschenden Sprint förmlich stehen; doch dann der Toumalet - als Anfahrt 1 Pülle Wein (rot oder weiß) nach 20 Pils - und der Gipfel eine halbe Flasche Whiskey! Bruder Potrel hat zwar die Etappe gewonnen und das gelbe, viel zu enge, Trikot übergestreift, muss aber den Abend infolge Vergiftung im Krankenhaus verbringen und ist gezwungen auszusteigen.

So weit so gut; - oder eben nicht, denn der Alkohol ist auch ein Teufel: Dimitris Vater stirbt, ob infolge des Saufens oder Freitod nach einer gescheiterten Entziehung, das bleibt unklar, und "der Kleene" schafft es, sich aus dem Heimatort abzusetzen und ein Dasein als Schriftsteller zu beginnen.

Nach dem tristen Tod der Großmutter in einem öden Altersheim ist er der ehemaligen Heimat und seinen immer noch weitersaufenden Onkeln entfremdet, sie sprechen nicht mehr die gleiche Sprache und die Kneipen-typischen Sprüchen wollen auch nicht mehr zueinander passen.

Eingestreut in das bunte Geschehen sind wie in jedem Schelmenstück Betrachtungen über das Leben im allgemeinen, über Frauen und Fußball (und manchmal Politik) im Besonderen.

Eine unterhaltsame und kurze (223 Seiten) Lektüre, die so manchem Zeitgenossen Wiedererkennungangebote anbietet.

Schenken Sie das Buch einem Freunde zum Feste.

Luchterhand Literaturverlag

ISBN-10: 3630621201 8.- Euro

GEPUNKT

# Termine im Kino achteinhalb:



**Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle**  
**Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer freitags, Beginn: 20.30 Uhr**  
**Eintritt: 4,50 EUR**

## **14./15.12.2007 - Iklimler - Jahreszeiten**

Während ihres Sommerurlaubs eskalieren die Differenzen zwischen einem türkischen Archäologen und seiner Geliebten, was zur Trennung des Paares führt. Zurück in Istanbul, lässt der Mann während der Herbstmonate eine sadomasochistisch geprägte Affäre wieder aufleben und reist schließlich seiner verflochtenen Freundin in den winterlichen Osten der Türkei nach. Bestechend fotografiertes und kadriertes Drama in drei Kapiteln, das auf den Spuren des Mannes dessen Lebenslügen und Verdrängungsmechanismen ergründet. Erst vom Ende her enthüllt der äußerst konzentriert inszenierte Film metaphorische Züge, in denen patriarchale Allüren einer selbstbewussten Weiblichkeit weichen. (O.m.d.U.)

## **18.12.2007 - 16 Uhr Die Kinder von Bullerbü in Kooperation mit der CD-Kaserne**

## **12./22./26.12.2007 - Sterben für Anfänger**

Die Trauerfeier für das Familienoberhaupt, deren Organisation auf den Schultern des ältesten Sohnes ruht, entwickelt sich zu einer Aneinanderreihung von Pannen und peinlichen Enthüllungen, in deren Verlauf der Tote als schwul geoutet wird, sein Liebhaber ebenfalls das Zeitliche segnet und deshalb eine zusätzliche Leiche entsorgt werden muss. Durchtriebene Komödie, die das Bild einer britischen Zweiklassengesellschaft von Exzentrikern und Spießern entwirft, wobei sie ihre schwarzhumorigen Pointen wohl zu dosieren versteht. Ein gelungener Film, der mit überzeugenden Darstellern und durch die geschickte Regie die Untiefen des Drehbuchs geschickt zu umschiffen weiß.

## **28./29.12. 2007 - Gefahr und Begierde**

China während der japanischen Besetzung Ende der 1930er-Jahre: Eine Gruppe idealistischer Studenten gründet eine Widerstandszelle und versucht, einen gefährlichen Kollaborateur zu töten. Als Lockvogel soll eine junge Frau agieren, die nach dem ersten Scheitern des Anschlags drei Jahre später beim neuen Versuch ein Verhältnis mit dem Opfer eingeht. Ein elegisch inszeniertes Drama um Begehren, Moral, Verrat und (sexuelle) Gewalt, das seine üppig ausgestattete Geschichte nuancenreich erzählt und zugleich eine Liebeserklärung an das mondäne Shanghai jener Jahre darstellt.

## **04.05.01.2008 - 10 Kanus, 150 Speere und 3 Frauen**

Während der Jagd einer Sippe australischer Ureinwohner nach Enteneiern wird offenbar, dass der Jüngste in der Gruppe die dritte Frau seines älteren Bruders begehrt. Der reagiert mit Gelassenheit und beginnt dem Jungen eine ähnlich gelagerte Geschichte aus der Vorzeit der Aborigines zu erzählen, die mit tragischen Verwechslungen, Rache und Tod endete. Ein ebenso poetisches wie bildgewaltiges Drama, das ganz aus dem Blickwinkel der australischen Ureinwohner erzählt wird, was auch die Tatsache erklärt, dass Dinge des täglichen (Über-)Lebens gleichberechtigt neben der archaischen Liebesmetapher stehen. Der zeitlose Film von der Wucht eines shakespeareischen Dramas entstand unter Mitwirkung von Aborigines und schafft es mit viel Humor, deren Denk- und Wertesystem näher zu bringen. (teils OmdU)

## **11./12.01.2008 - Karger**

Die Geschichte eines antriebsschwachen Mannes Mitte 30 in einer sächsischen Kleinstadt, der als Stahlarbeiter in den Resten eines ehemaligen Kombinats arbeitet, verdichtet sich zu einer eindrucksvollen Studie des Stillstands, bei dem der Alltag ohne utopische Ziele verrinnt. Ein halbdokumentarisch anmutender Spielfilm, dessen Hauptfigur, obwohl auf der Verliererstrecke, durchaus sympathische Züge trägt. Durch seine strengen ästhetischen Mittel wirkt der Film formal wie der Schulterschluss zwischen der aktuellen Berliner Schule und den Berliner Arbeiterfilmen der frühen 1970er-Jahre

## **18./19.01.2008 - Reine Geschmacksache**

Ein frisch gebackener Abiturient, der seinem Vater, einem Vertreter für Damenbekleidung, im Job unter die Arme greift, durchläuft innerhalb weniger Wochen eine Schule des Lebens. Während der dominante Vater beruflich ins Abseits gerät und darüber seinen Lebensmut verliert, erlebt der junge Mann seine erste Liebe mitsamt Coming out. Beschwingte und gut beobachtete Familienkomödie mit nachdenklichen Untertönen, die von Menschenkenntnis zeugt und in erster Linie unbeschwerte Unterhaltung bieten möchte. Die Anlehnung an gängige Fernsehformate und -ästhetiken trübt die Freude an diesem kleinen Film allerdings ein wenig

## **25./26.01.2008 - Brinkmanns Zorn**

Regisseur Harald Bergmann, geboren und aufgewachsen in Celle, ist anwesend

"Brinkmanns Zorn" ist ein Ereignis. Auf der Grundlage von Tonbandaufnahmen Rolf Dieter Brinkmanns erweckt Harald Bergmann in einem formal hoch interessanten Experiment den legendären Dichter der Beat-Generation wieder zum Leben. Bergmann rekonstruiert zu den Tondokumenten die Bilderwelten, in denen sich der Schriftsteller bewegte, während er seine permanenten Weltbeschimpfungen aufzeichnete. Das Zusammenspiel von Original-Stimme und präziser schauspielerischer Darstellung geht weit über das hinaus, was man als literarisches Filmporträt kennt.

## TERMINE

### **Do. 13.12.2007, 19:30 Uhr**

Vor der Landtagswahl.

Die extreme Rechte in Celle - Ein Überblick

Die Informationsveranstaltung bietet einen Überblick über die Strukturen der extremen Rechten in Celle. Welche Organisationen gibt es, wer sind ihre Wortführer und Kandidaten und was ist zur niedersächsischen Landtagswahl zu erwarten? Diese und andere Fragen sollen mit der Veranstaltung beantwortet und Gegenstrategien erörtert werden. Veranstaltet vom Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus  
Urbanus-Rhegius-Haus  
Fritzenwiese 9

### **Sa. 15.12.2007, 08.00 Uhr**

Hallenflohmarkt  
CD-Kaserne, Celle  
Hannoversche Str. 30

### **Di. 25.12.2007, 16:00 Uhr**

Christmas Night in Celle

Das "Friday Night"-Trio Henning Rümenapp, Christos Mamalitzidis & Kai Thomsen featuring: ANNA Ratsch-Heitmann (ANNA SINGT)  
Eintritt: 14,- EUR / VVK 12,90 EUR  
CD-Kaserne, Celle  
Hannoversche Str. 30

### **Sa. 29.12.2007, 19:30 Uhr**

Newcomers Ball

Eine Riesenhöhle für die Newcomer aus dem Landkreis Celle!  
Dabei sind: Rockin Chair, Road Sign, Collateral Damage, Phobophobia, Janatum Suden, Subtune, Exposed, Defaced, 3rd Grade Burn, Burning Eden. Broken Inside  
Eintritt: 4,- EUR  
CD-Kaserne, Celle  
Hannoversche Str. 30

### **So. 06.01.2008, 14:00 Uhr**

Einführung in die neue Dauerausstellung durch Christian Wolpers  
Gedenkstätte Bergen-Belsen

### **Mi. 16.01.2008, 19:30 Uhr**

Zug der Erinnerung  
"Stolpersteine erinnern - einige ausgesuchte Biographien"

Seit Anfang Dezember rollt der Zug der Erinnerung durch Deutschland, vom 07.-11. Januar 2008 macht er Station in Hannover.

Er erinnert an das Schicksal von 12.089 Kinder und Jugendlichen, die vor über 60 Jahren in die Vernichtungslager deportiert wurden.

Referentin: Anne Riege

Veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, Geschichtswerkstatt Hannover e.V.

www.zug-der-erinnerung.eu

Synagoge Celle

Im Kreise 23-24

### **Ab 25.01.2008**

Loriots dramatische Werke

Er ist Erfinder des Jodeldiploms, des Kosakenzpfels und der einzigartigen Knollennasenmännchen: Victor von Bülow alias Lorient, unter anderem Regisseur, Zeichner, Schauspieler und Grimme-Preisträger. Seit Jahrzehnten lacht ein Millionenpublikum über die unvergleichlichen Herren Müller-Lüdenscheidt und Dr. Klöbner, die sich in der Badewanne nicht darüber einigen können, ob die Ente drinnen oder draußen bleibt, über Familie Hoppenstedt, die die Vorzüge des Saugblasers Heinzelmann erprobt oder den verwirren Lotogewinner Erwin Lindemann.

Eintritt: ab 10,00 EUR

Schlosstheater, Celle

Schlossplatz 1

### **Sa. 26.01.2008, 08.00 Uhr**

Hallenflohmarkt  
CD-Kaserne, Celle  
Hannoversche Str. 30

### **So. 27.01.2008, 11:00 Uhr**

Gedenktag für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft  
Führungen durch das Dokumentationszentrum und über das Gelände des ehemaligen Lagers  
Jeweils um 11 Uhr, 12 Uhr, 13 Uhr und 14 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen

## Ständige Termine:

### **Arbeitskreis "Eine Welt"**

jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen  
(Zöllnerstrasse 29)

### **Weltladen Öffnungszeiten:**

Di - Fr: 10-17 Uhr

Sa: 10 -14 Uhr

### **AK Ausländer**

jeden 3. Mo. im Monat  
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus,  
Fritzenwiese

### **sic! - sozial in celle**

Erwerbslosenberatung

Je. Di. + Do., 14.30 - 17.00 Uhr  
Heese 14

### **Attac-Plenum**

Jeden. 1. und 3. Do. im Monat  
19.30 Uhr in der Deutschen  
Angestellten Akademie,  
Spörckenstr. 63

## Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne

hinten links Halle 12)

Hannoversche Str 30f

29221 Celle, Tel.: 907927

### **Fahrradwerkstatt:**

jeden Mi. ab 19 Uhr

### **Antifa-Café:**

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

### **Archiv**

jeden Do., 17-19 Uhr

### **KDV-Beratung**

jeden Do., 17-19 Uhr

### **Plenum**

jeden Do. 19 Uhr

### **Volxküche**

jeden So. 18 Uhr

### **Forum gegen Atomenergie**

jeden 1. Di. im Monat, 20.00 Uhr